SDS

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND · 6 FRANKFURT/M. · WILHELM HAUFF-STR. 5

BUNDESVORSTAND

TEL. 0611-77 60 68
POSTSCH. FFM. 31607
DRESDNER BK. 282427

info 9

FFM. 20.3.1969

INHALTSVERZEICHNIS:

I.

1. SDS-Arbeitskonferenz vom 8. - 11.4. in Frankfurt — Seite 1
2. Die antiautoritäre Phase unserer Bewegung liquidieren (Fritz Kramer, Heidelberg) — Seite 3
3. VDS-Handwerkelei des SDS (Joscha Schmierer, Heidelberg) — Seite 10

II. Materialien zur Vorbereitung der Treffen der Instituts- und Projektgruppen anläßlich der Arbeitskonferenz des SDS

1. Institutsgruppe Germanistik Frankfurt — Seite 12
2. Infi-Berlin über portugiesische Kolonien in Afrika — Seite 20

III. Gruppenberichte

1. Bericht des Vorstands der Gruppe Marburg — Seite 21
2. Die Situation im SDS München (Reinhardt Wolff) — Seite 23
3. Bochum — Seite 25
4. Würzburg — Seite 32

IV.

1. Organisation im VK - Bericht Frankfurt — Seite 34
2. Publikationswesen — Seite 35
3. Bericht des SDS Heidelberg und der FPDLP über die demokratische Volksbefreiungsfront für Palästina — Seite 36

SDS-ARBEITSKONFERENZ VOM 8. BIS 11. APRIL IN FRANKFURT

Die Gruppen haben im WS verstärkt einen Arbeitskontakt untereinander hergestellt. Genossen aus den einzelnen Projektbereichen haben sich zu Diskussionen getroffen, um die praktischen Schwierigkeiten und die theoretischen Ansätze in ihrer Arbeit zu erörtern.

Der BV hat versucht über Einzelkontakte, Reisen und in der Teilnahme an der praktischen Arbeit einzelner Gruppen die verschiedenen Ansätze miteinander zu vermitteln, lokale Verengungen aufzuheben, die organisatorische Stabilisierung der Gruppen voranzutreiben.

Diese Kontakte können jedoch bei den im SS zu erwartenden Auseinandersetzungen mit der Staats- und Universitätsbürokratie, mit Polizei und Justiz nicht ausreichen.

Um die Vereinheitlichung und Abstimmung unserer politischen Perspektiven und Aktionen und die gemeinsame Bearbeitung der sich in Einzelbereichen stellenden Probleme zu ermöglichen, findet darum eine SDS-Arbeitskonferenz vom 8. bis 11.4. in Frankfurt statt.

Sie soll dazu dienen, das WS analytisch aufzuarbeiten und die Arbeit im Sommer konkret vorzubereiten. Die Ergebnisse der Arbeit werden die Grundlage abgeben für eine NK, die spätestens Anfang Mai erscheinen soll.

Arbeitsgruppen:

1. Betriebs- und Lehrlingsarbeit:
   Kontaktadresse: Jochen Noth, 69 Hd., Seminarstr. 2, CA, Zimmer 133

2. Syndikalisierung im Ausbildungssektor:
   Schwerpunkt philologische und historisch-politische Fächer; vgl.: Germanistenpapier im SDS-info 9. Vorbereitung und Kontaktadresse: Peter Mosler, 6 Frankfurt/Main, Portinstr. 1 bis 3

3. Kinderläden:
   Ansätze zu einer sozialistischen Kindererziehung, Verhalten gegenüber den publizistischen Medien, Arbeits- und Studienmaterial. Vorbereitung und Kontaktadresse: Berliner Zentralrat für Kinderläden, Lutz von Werder, 1 Berlin 30, Regensburgerstr. 5a, Tel.: 0811 / 2118405

4. Schülerarbeit:
   u.U. in Zusammenarbeit mit AG 2, wird vom BV des AUSS im einzelnen vorbereitet. Vorbereitung und Kontaktadresse: AUSS, 6 Frankfurt/Main, Wilhelm Hauffstr. 5, Tel.: 776068

5. Bundeswehr:
   Fortsetzung des Bundesseminars; Zusammenarbeit mit den VK, Basisgruppenarbeit in BW-Standorten; Erarbeitung einer SDS-Flugschrift, vgl. SDS-info 7, 8, 9. Vorbereitung und Kontaktadresse: Wolfgang Erler, c/o SDS-BV, 6 Frankfurt/Main, Wilhelm Hauffstr. 5

6. Justizkampagne:
   Vorbereitung der Prozesse im SS, Zusammenarbeit der Gruppen; Dokumentationen und Publikationen im Bereich der Justizkampagne, Abstimmen von Buchprojekten (rororo, trikont). Vorbereitung und Kontaktadresse: SDS Hamburg und Republikanische Hilfe, 6 Frankfurt Main, Wilhelm Hauffstr. 5, Tel.: 776068

7. Internationalismus: Fortsetzung des Bundesseminars; Griechenland- Spanien; Studienschwerpunkt: KPI. Vorbereitung durch SDS Frankfurt und INFI

8. Technologie: Fortsetzung der Technologieseminare. Kampagne an den TUs, vgl. 7 Thesen zur Technologie, in: SDS-Technologie-Korrespondenz Nr. 2. Vorbereitung und Kontaktadresse: BKT, 61 Darmstadt, Hochschulstr.1, AStA, Postfach, Tel.: 162117 oder 20278

Anmeldung: damit wir einen Überblick bekommen und Quartiere beschaffen können, meldet Euch bis zum 5.4.69 an.

Kontaktstelle: Walter Kolbheim, Beethovenplatz 4, Tel.: 774321 und Wilhelm Hauffstr. 5, Tel.: 776068

Zeitplan: Beginn: Dienstag, 8.4. 18 Uhr / 1. Teil der Konferenz: Tagung der Arbeitsgruppen bis einschließlich Mittwoch / 2. Teil: Donnerstag und Freitag politisch-strategische Diskussion

Die Arbeitsgruppen, die Dienstag und Mittwoch tagen sollten, haben ihre Diskussion in Hinblick auf die Bestimmung der VDS-Projekte, die auf der a.o. MV des VDS Anfang Mai endgültig beschlossen werden, zusammenzufassen. (vgl.: Strukturpapier in der Anlage dieses infos) Es gilt also nicht nur zu kontaktieren und zu kommunizieren sondern Resultate in Gestalt von Forderungen vorzulegen, die dann auf der a.o.MV des VDS durchzusetzen sind. Dies gilt natürlich nur für den Teil der Projekte, die in Zukunft im Rahmen des VDS koordiniert bzw. vom VDS unterstüzt werden sollen.

Ab Donnerstag soll dann die Konferenz als "Plenum" stattfinden, das die zentralen politisch-strategischen und organisatorischen Fragen der Fortführung der Hochschulrevolte im SS 69 unter der Bedingung verschärfter Repression und der Verbreiterung der Revolte zur wirklichen Opposition der Arbeiter, Schüler und Studenten diskutieren soll. Dazu legen wir in diesem info den Beitrag von Genossen Kramer (SDS Heidelberg) vor. Ebenfalls wird der Bundesvorstand zu diesem 2. Teil der Konferenz Referate vorlegen (ausgehend von der BV-Politik auf der vergangenen VDS-MV und von den Erfahrungen, die im WS 68/69 gemacht wurden). Zentrale Themen werden sein: Justizkampagne (Auseinandersetzung mit der Staatsmacht), "Baisse" der Betriebsarbeit, Organisation des SDS (veränderte Zusammensetzung des BV, Verbindlichkeit - Gegen den Sumpf)

Genossen, die ganze Schwierigkeit des gegenwärtigen Kampfes wird schon sichtbar, wenn ihr euch daran erinnert, daß im info 7/8 von der "abstrakten Ebene SDS" vom "Verband" statt vom Verband die Rede war.

Der Titel "Arbeitskonferenz" ist pure Diplomatensprache, die kaum die Gegensätze in der Organisationsfrage verdeckt. R. Wolff wird z.B. aus privaten Gründen auf der "Arbeitskonferenz" zurücktreten. Wem ist er Rechenschaft schuldig: den "arbeitenden Genossen", den "ad hoc-Gruppen" oder schlicht den "arbeitenden anwesenden Kollektiven" ? Oder gar den Zugvögeln, die auf der Reise in wärmere Regionen für einige Tage die "Arbeitskonferenz" als Unterschlupf bevölkern werden? Diese Fragen werden wir auf der "Arbeitskonferenz in Frankfurt zu beantworten haben.

SDS - BV (Becker, Mangold)

DIE ANTIAUTORITÄRE PHASE UNSERER BEWEGUNG LIQUIDIEREN

Die DK in Hannover, die Diskussion um die Organisationsfrage überhaupt, hat längst irrationale Züge entwickelt, die so langsam zur totalen Desorganisation des SDS geführt haben, die dringend notwendig machen, die Diskussion auf die Ebene der Rationalität zu stellen.

Die Organisation ist die Form der Vermittlung von Theorie und Praxis. Sie macht die Dialektik von Theorie und Praxis erst konkret; deshalb ist sie auch der empfindlichste Anzeiger divergierender Fraktionen (Lukács). Diese Fraktionskämpfe ziehen sich durch die gesamte sozialistische Bewegung. Sie zeigen sich am Organisationsproblem am klarsten, erfassen schon damit aber auch Theorie und Praxis. Werden sie jedoch nur an Hand von Theorie und Praxis diskutiert, so zeigt sich eine erstaunliche Bereitschaft der Fraktionen, unverbindliche Kompromisse zu schließen, wie das in der deutschen Sozialdemokratie vor 1918 der Fall war. Verfolgt man historisch die Fraktionskämpfe in den soz. Bewegungen, so zeigt sich überall und immer die gleiche Struktur: Montagnards und Girondisten, Sozialdemokraten und Revisionisten, Bolschewiki und Menschwiki, KPD und SPD, usw. Dazu kommt das umgekehrte Verhältnis, die Kontroversen der Sozialisten mit den Anarchisten und anderen Linksabweichlern aller Schattierungen. Auffällig ist daher, daß Links- und Rechtsabweichler merkwürdig ambivalent sind, daß Ökonomismus einerseits und Demokratismus und Terrorismus andererseits zusammenfallen und zudem einer der heute Linksabweichler ist, morgen oft Rechtsabweichler ist. - Bei den Gemeinsamkeiten der verschiedenen historischen Fraktionskämfe handelt es sich jedoch um Strukturisomorphien, nicht um inhaltliche Gleichheiten. Wenn die objektive Klassenlage das Bewußtsein bestimmt und sich in der Zusammensetzung der Fraktionen keine unterschiedliche Klassenherkunft entdecken läßt, zudem auch keine unterschiedlichen Bildungsniveaus vorliegen, die vertretenen Theorien und Strategien einander aber offensichtlich ausschließen - oder ohnehin nur den Charakter von sekundären Rationalisierungen haben - so kann die Erklärung für die Fraktionsbildungen, will man nicht zu inhumanen und in diesem Fall auch völlig absurden "gruppendynamischen" Hypothesen greifen, und in der Vermittlung von objektiver Klassenlage und Klassenbewußtsein, also in der psychischen Struktur der Individuen liegen. Wenn ich nun versuche, diese psychischen Strukturen in Bezug auf die Fraktionsbildungen zu explizieren, so tue ich das gerade nicht, um die intentionalen Strukturen, die bewußten Gegensätze zwischen den Fraktionen zu umgehen, oder gar um die theoretische Auseinandersetzung zu unterlaufen, sondern im Gegenteil, um die Diskussion der objektiven Gegensätze durch Eingrenzung der subjektiven Faktoren voranzutreiben.

Das Autoritätsproblem in der Studentenbewegung

Seitdem das Kapital seine Herrschaft errichtet hat, bewegen sich die "Intellektuellen" in der Ambivalenz zwischen ihrer Einsicht in die Irrationalität des Kapitalismus, der sie immer zu potentiellen Verbündeten der Arbeiterklasse macht, und der ihnen offenstehenden Möglichkeit, Maul zu halten und an der irrationalen Herrschaft zu partizipieren. Im ersten Falle vertreten sie ihre kurzfristigen Interessen und stellen sich auf den Standpunkt ihrer eigenen Individualität - unter Verdrängung ihrer theoretischen Einsichten. Dazu kommt im Spätkapitalismus die Wissenschaft- und Kritikfeindlichkeit des Staates durch die systematische Stoppung des technischen Fortschritts durch die Monopole, die Reduktion auf Auftragsforschung usw., so daß jetzt im Gegensatz zu früheren Phasen des Kapitalismus aller emanzipatorischen Werte der Wissenschaft vor die Hunde geht. Das macht die Linksentwicklung der Teile der Intelligenz, die sich noch nicht festgelegt haben, d.h. der Studenten, zu einer Selbstverständlichkeit. Unklar aber bleibt, warum ein Teil indifferent bleibt und wieso Fraktionen innerhalb der Linken entstehen.

Die anfänglichen Träger der Studentenbewegung entstammen durchweg den Kriegsjahrgängen. Sie sind im allgemeinen vaterlos aufgewachsen. In ihren ersten Jahrgängen haben sie sich stark mit ihren Müttern identifiziert. Diese Identifikation erhält ihre Bedeutung aus der Verdinglichung der Familienstrukturen unterm Kapitalismus: Die Mütter betrachten als Besitz, als

Privateigentum, als Ware mit einem bestimmten Tauschwert und versuchen, sie daher instinktiv an sich zu binden. Zu einem relativ späten Zeitpunkt kamen e entweder die Väter zurück, oder die Mütter fühlten sich gezwungen, nicht nur im ökonomisch-sozialen Bereich, sondern auch gegenüber ihren Kindern Züge väterlicher Autorität zu entwickeln. Sie setzen damit spät gegenüber den stark "verweiblichten" Kindern männliche Identifikationen durch, die Mutteridentifizierung wurde meist tief verdrängt. Die Heranwachsenden entwickelten auf der Basis dieses Kernkomplexes stark ambivalente Persönlichkeitsstrukturen. Einerseits sind sie passiv - verharrend aufgrund der Mutteridentifikation, die unter den historischen Bedingungen unserer Gesellschaft eben zur Passivität führt, andererseits können sie sehr wohl aktive Züge entwickeln und eigenständig Initiativen ergreifen. Die Verzögerung, mit der der Sozialisierungsprozeß, die Internalisierung männlicher Normen einsetzte, mußte zu einer tief verankerten Abwehrhaltung autoritären Eingriffen gegenüber führen, da diese die schon angelegte Identifikation schmerzlich durchbrachen (zugleich die negativen Sanktionen aber nicht so hart waren, daß sie das Individuum gleich "einbrachen"). - Die Entstehung dieser historischen Grundform des Kernkomplexes muß als Panne im Repressionssystem des Kapitalismus verstanden werden, bedeutet sie doch offenbar die Unterbrechung der Züchtung autoritärer Persönlichkeiten. Die Ambivalenz der, sagen wir, "ambivalenten" Persönlichkeit unterscheidet sich nämlich prinzipiell von der passiven Homosexualität, die etwa in den Kollektiven und Arbeitslagern der Nationalsozialisten als Ausdruck und Grundlage der totalen Unterwerfung unter den Führer gezüchtet wurde, und die nur die zugespitzte Form der autoritären Persönlichkeit ist, wie sie seit Mitte der 50er Jahre längst wieder installiert wird. Die Herausbildung der relativen freien Züge der ambivalenten Persönlichkeitsstrukturen wurde zudem begünstigt durch die lange Akkumulationsphase des westdeutschen Kapitals, die bis 1956 durchaus konkurrenzkapitalistischen Strukturen vergleichbar war, d.h. zugleich, wenig manipulative Züge trug. Zwar erfolgte eine ziemlich starke Identifikation mit dem Staat, besser vielleicht mit der "westlichen Welt", war aber damit zugleich bestimmt durch einen- wenn auch blinden - Antifaschismus und die Identifikation mit bürgerlichen Freiheitswerten. Deshalb konnte diese positive Identifikation mit dem "demokratischen" Staat mit der neoimperialistischen Selbstentlarvung der "westlichen Welt" auch so schnell in ihr Gegenteil umschlagen: Die antikummunistisch Verhetzten wurden beinah über Nacht Antikapitalisten (ohne doch vom Antikommunismus sich lösen zu können).

In der Organisation des SDS und des antiautoritären Lagers kommt die Ambivalenz der grundlegenden Persönlichkeitsstruktur voll zum Ausdruck: Einerseits verharrt die Mehrzahl der "Mitglieder" in passiven Rollen - ist aber andererseits durchweg in der Lage, ad hoc Initiativen zu ergreifen, also - historisch - "männliche "Rollen zu übernehmen, hält auch die "Selbsttätigkeit" als Wert sehr hoch - ohne allerdings ohne äußeren Zwang, ohne sichtbare, als Eingriff empfundene Repression Selbsttätigkeit zu entwickeln.

Soweit sind - ganz grob - Generalisierungen über die individuellen psychischen Schicksale hinweg möglich. Darüber hinaus zeichnen sich ansatzweise Gruppen ab. Ganz rechts: Autoritäre Persönlichkeit - Identifikation mit der Herrschaft, totale Unterwerfung (Verbindungsstudenten, RCDS, usw.). Starkes Überich (Staat - Sog. Reformer: Antiautoritäre Ideologie, Angst vor Autorität, aber auch Angst vor negativen Sanktionen, deshalb Verhandlungsbereich. Starkes Über-Ich, meist religiös (Panzer-Clique).
- Antiautoritäre: "Ambivalente" Persönlichkeit. Neben einem rational "Selbsttätigkeit entfaltenden ich-starken Kern zeigen sich 2 Gruppen:
  a. Solche, die zwar antiautoritär-sozialistische Theorien und in der Praxis Selbsttätigkeit entfalten, die aber in Drucksituationen zur Unterwerfung bereit sind, um gefürchteten negativen Sanktionen zu entgehen (z.B. Heuvels - auch wenn die Unterwerfung rational nicht einsichtig ist (Ich-Schwäche). Prognose: Wenn diese Gruppe beginnt, ihr Verhalten zu rationalisieren, entsteht eine revisionistische Fraktion. (Diese Persönlichkeitsstruktur oder eine ihr ähnliche dürfte allgemein die Grundlage des Revisionismus sein.)

b. Solche, die eine starr antiautoritäre Theori und Praxis entwickeln. Starkes Über-Ich (oft religios), das aber verzweifelt bekämpft wird, Ich-Schwäche; Angst der einen Seite ihres Seelenlebens, nämlich dem Hang zur$ Unterwerfung, nachzugeben, daher Kampf gegen jede Autorität, auch gegen rationale - besonders in ihrer eigenen unmittelbaren Umgebung. Demonstrative Hervorkehrung heterosexuellen Verhaltens. (Diese Persönlichkeitsstruktur oder eine ihr ähnliche dürfte allgem. die Grundlage des Anarchismus und Demokratismus sein.).

Fluktuation und Mischung zwischen den drei antiautoritären Gruppen ist sehr groß. Fraktionen können sich erst bilden, wenn die Gruppen zu Rationalisierungen ihrer Verhaltensweisen greifen. - Verfolgt man die Organisationsdebatte im SDS (vor allem außerhalb Heidelbergs), so zeigt sich klar, daß das Problem der Autorität im Zentrum des Interesses steht, auch da, wo ihm objektiv diese Bedeutung gar nicht zukommt. Die Diskussion unserer Organisationsfrage darf jedoch nicht länger von den als subjektiv nicht erkannten subjetiven Faktoren bestimmt werden.

Bisher war die Organisationsdebatte durch die Auseinandersetzung mit den "Demokratisten" bestimmt, die das Anliegen hatten, daß die Gruppe ihre subjektiven Emanzipationsbedürfnisse befriedigen soole, die deshalb Kommunen vorschlugen - anstatt zu machen - und "Autoritäten" im SDS, auf die sie sich fixiert hatten, als Autoritäten angriffen - anstatt deren Theorie und Praxis rational zu kritisieren. Ich glaube, daß diese Emanzipationsbedürfnisse legitim sind, daß der SDS tatsächlich die Aufgabe hat, die Frage der individuellen Emanzipation, so weit er kann, zu lösen, denn diese Frage ist tatsächlich das Grundproblem der "ambivalenten" Persönlichkeit, die immerhir die vorwiegende Form des Kernkomplexes in der antiautoritärnen Bewegung ist (und zwar auch bei den jungen Arbeitern) und daß deshalb etwa Ausschluß oder bloßer Fraktionskampf gegen die Gruppe (b.) bloß Verdrängung des Problems ist.

Die psychischen Probleme treten sicher bei der Gruppe (b.) am schärfsten hervor sie ist wohl überhaupt nur der zugespitzte Ausdruck des Grundproblems, das der Kernkomplex schafft. Das führt dazu, daß sich diese Gruppe vor allem für Theoretiker wie Wilh. Reich interessiert, von dem sie zugleich die These vom Primat der "unmittelbaren Bedürfnisse" übernimmt, die ihrem Bedürfnis, ihre unmittelbare Umgebung von Autorität und Repression gründlich zu befreien, entspricht. Somit entsteht bei dieser Gruppe die klassische Verbindung von Demokratismus" und "Ökonomismus", den Grundkomponenten des "Menschewismus. (Damit soll nicht das Anliegen der "Demokratisten" und "Ökonomisten" diskreditiert sein, wohl aber die Ausschließlichkeit und irrationale Einseitigkeit dieses Anliegens).

Die Irrationalität dieser Verhaltensweisen und Einstellungen erhellt sich besonders aus der - teils bewußten, teils unbewußten - Uminterpretierung, die die Werke Reichs bei den bloß Antiautoritären erfahren. Sind die "unmittelbaren Bedürfnisse", die bei Reich klar als gesellschaftlich vermittelte gekennzeichnet sind, für Reich konkrete, z.B. Bedürfnis der Jugendlichen nach eigener Wohnung, Lösung vom Elternhaus usw., so sind sie für die Antiautoritarier allgemeine, Bekämpfung jeglicher "Autoritäten", von denen angeblich alle Repression ausgehen soll. Reich selber wäre nie auf den Gedanken verfallen, der Rationalen Autorität den Kampf anzusagen, ihr gar die Repression überhaupt zu unterschieben: Reich war eindeutig - organisatorisch theoretisch und praktisch - Verfechter der leninistischen Kaderpartei. Das muß von den antiautoritären Reichianern verdrängt werden!

Die Ambivalenz der in der antiautoritären Bewegung vorherrschenden psychischen Strukturen hat aber neben diesem zugespitzten Ausdruck auch noch einen allg. nämlich die Unstetigkeit der Bewegung insgesamt. Es ist zwar richtig, daß sozialistische Bewegungen von der Spontatität der Massen getragen werden müssen, es ist aber nicht richtig, daß die bewußten Sozialisten bloß auf die

spontane Massenbewegung zu [illegible]. Die Massenbewegung möchte dann nämlich leicht eine faschistische sein. Vielmehr muß es Aufgabe der bewußten Sozialisten sein, in aktionsfreien Phasen die Theorie zu vermassen und entstehende Unruhen zu in[illegible] organisatorisch zu festigen. Wenn nach allen Aktionen die gesamte Mobilität wie ein Strohfeuer zusammenbricht, muß das Vertrauen der Massen in den SDS schwere Rückschläge erleiden. - Die mangelnde Kontinuität ist aber offenbar auf die Ambivalenz der meisten Genossen zurückzuführen, die zwar unter Druck Selbsttätigkeit entwickeln können, sonst aber in passiv - "weiblicher" Rollen verharren.

Was können wir tun, um die revolutionären Tendenzen der aufgezeigten Bewußtseinsstrukturen zu fördern, die hemmenden aber einzuschränken?

Wir würden einem psychologischen Determinismus verfallen, wollten wir die Frage der Organisation und der Bewußtseinsstrukturen auf die Psychoanalyse reduzieren. Das Klassenbewußtsein unter den heute gegebenen Bedingungen, d.h. in einer historischen Situation, in der so ziemlich alle der Repression des Systems unterworfen sind, andererseits aber kaum einer Hunger leidet, ist allgemein ambivalent, wenn auch in verschiedenen Konstellationen. Bei der daraus entspringenden Stellung des Kernkomplexes können nur noch die intentionalen Strukturen Klarheit schaffen. Eben das begründet die hervorragende Stellung von Aufklärung, d.h. von Vermassung von Theorie, heute. Das schon entwickelte antiautoritäre Bewußtsein muß, um nicht zu versinken oder "unschädlich" gemacht zu werden, durch bewußte, intentionale Strukturen gestärkt werden. - Hier liegt ein wesentlicher Teil der Erklärung für die Konsistenz und Effektivität der sozialistischen Bewegung in Heidelberg. Wir haben, wenigstens ansatzweise, Theorie im SDS vermaßt und sind eben dadurch von desorganisierenden Tendenzen freigeblieben. Andererseits bedeutet das Fehlen psychoanalytisches Diskussionen in unserer Gruppe nicht mehr, als daß wir diese Probleme verdrängt haben.

Bisher konnten wir es uns leisten, eine bloß antiautoritäre Strategie auf der Basis eines bloß antiautoritären Bewußtseins zu entwickeln. Wir waren privilegiert, die Herrschenden brauchten uns noch für ihre Technokratenposten. Jetzt aber, in einer Phase zunehmender Totalisierung der Herrschaft in einem langgezogenen Faschisierungsprozeß, haben die Herrschenden mit uns (dem SDS) gebrochen. Wir sind nicht länger privilegierte, wir sind schon potentiell Verfolgte. Das Antiautoritäre Bewußtsein muß sich der Autorität des Staates unterwerfen oder im Ghetto der Subkulturen verfaulen - oder: sich auf die Ebene eines sozialistischen Klassenbewußtseins erheben und Zäh und planvoll den Kampf gegen die Monopole und ihren Staat aufnehmen.

Wenn wir früh aufstehen oder bestimmte Aufgaben übernehmen - könnte man sagen - müssen wir einen gewissen Triebverzicht leisten. Aber das bedeutet nur die Zerstörung der passiv-homosexuellen Seite unseres Seelenlebens. In der Aktion, in der revolutionären Arbeit können wir die andere Seite, die Selbsttätigkeit entfalten, die ohne die revolutionäre Arbeit immer weiter verkümmern müßte. Soziologisch ausgedrückt: Beharren in der Passivität bedeutet Integration in die bürgerliche Gesellschaft. Entfaltung der aktiven, antianalerotischen Seite unseres Seelenlebens: Genau hier liegt die Verbindung unserer psychischen Struktur als einer zu entfaltenden Möglichkeit, mit der Spontanität der Massenaktionen.

Die Handwerkelei in unserer Bewegung

Die Agitationsarbeit an der Betriebsbasis wurde in Heidelberg vor einem Jahr aufgenommen. Die Zusammensetzung der Studenten in der Projektgruppe war zunächst zufällig. Nach einiger Zeit ergaben sich aber 2 Herkunftsgruppen, die kontinuierlich in der Gruppe arbeiteten: Genossen, die aus Arbeiterfamilien stammen (z.Z. 3), Genossen, die Theologie studieren (z.Z. 3), die offenbar in der Lage waren, ihren missionarischen Eifer sozialistisch zu wenden; die Mitarbeit der übrigen 4 Studenten wird auf Einsicht oder persönlichen Bindungen beruhen. Die Zusammensetzung der Projektgruppe zeigt - in Verbindung mit dem

bloß beobachtenden Interesse der MV - , daß die Notwendigkeit der Betriebsarbeit von den meisten Genossen höchstens abstrakt begriffen wird, daß sie nach wie vor primär an den Problemen ihrer unmittelbaren Umgebung interessiert sind - was nicht heißen soll, daß die Schaffung einer Basis an der Universität nicht von primärer Bedeutung gewesen ist. Aber es ist ja nicht so, daß alle Genossen an der Universität ihre Selbsttätigkeit entfaltet haben, viele sind in passiven Rollen verharrt. Wir hätten sie in der Basisarbeit dringend gebraucht.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist 1933 durch den Faschismus zerschlagen worden. Was sich nach 1945 neugründete war schon der besten Kräfte beraubt und nicht in der Lage, die Lehren aus den Erfahrungen mit dem Faschismus zu ziehen. Mit Einsetzen der Gleichschaltung der Monopole, 1956, wurden auch noch die kläglichen Reste, die KPD, ausgeschaltet. Die Gewerkschaften und die SPD gingen schleunigst daran, sich in den Machtapparat der Monopole zu integrieren. Am Ende der Rekonstruktionsperiode, 1965, gelang ihnen das auch, weil sie von den Monopolen gebraucht wurden. Die Arbeiter haben im allgemeinen diese Manöver durchschaut; zum xten Mal sehen sie sich von ihren "Vertretern" verraten. Andererseits ist ihnen das Ausmaß der Katastrophe noch nicht bewußt, da Konsumkrisen kaum sichtbar werden. In ohnmächtiger Wut betrachten die unterdrückten Massen die sozialistische Bewegung mit tiefem Mißtrauen und schauen auf ihre Herren von deren Tisch wenigstens die Brosamen fallen. Wie sollten jetzt, da die Schande der Arbeiterparteien mehr denn je zum Himmel stinkt, die verratenen Vertrauen zur roten Fahne fassen, die zudem von Kinderhänden gehalten wird - was seinen happeningcharakter unter dem Knüppel der Schergen vorerst bloß in Wortradikalismus verwandelt. Gerade deshalb aber ist der spontane Charakter unserer Massenaktionen den Arbeitern durchaus sichtbar und die Rädelsführertheorie, die diese Spontaneität hinwegrationalisieren soll, wird immer unglaubwürdiger. Problematisch wird erst die Vermittlung, denn dann müssen wir uns wieder als Außenstehende an die Arbeiter wenden, wir müssen "werben". Studenten, die vor den Fabriktoren meist schlechte Flugblätter verteilen, müssen den Arbeitern wie Agenten eines weiteren Konzerns erscheinen, der sich von den anderen bloß dadurch unterscheidet, daß er offensichtlich kuz vor dem Bankrott steht und darüber in unzeitgemäße Euphorie verfällt, so daß der bittere bis freundliche Sarkasmus der Bemerkung "na, kämpft ihr wieder?" , den man beim Verteilen oft hört, durchaus trifft.

Wir haben im ersten Jahr unserer Arbeit ca. 30 1 bis 10seitige Flugblätter verteilt. Wir haben die Antinotstandsaktionen einigermaßen gut eingeleitet. Wir haben verschiedene Arbeiterversammlungen abgehalten, in denen wir die Arbeiter mit hochtheoretischen Referaten vor den Kopf gestoßen haben, anstatt sie von ihren Problemen, die wir konkret kaum kennen, reden zu lassen. Wir haben einen spontanen Streik gestützt, der sich an Problemen entzündete, wie sie es in allen Betrieben zu Dutzenden gibt. Wir waren nicht in der Lage, die Unruhe weiter zu tragen oder organisatorisch zu wenden. Wir haben Kontaktleute in einem Dutzend Heidelberger Betriebe, die uns wichtige Informationen vermitteln, aber wir sind nicht in der Lage, diese Informationen zu interpretieren, in die Betriebe zurück zu tragen und organisatorisch zu wenden. Wir sind auch kaum in der Lage, die Kontakte mit den Verbindungsleuten so konspirativ zu gestalten, daß die Verbindungsleute nicht gefährdet werden. Im Laufe des letzten Jahres sind 3 Arbeiter wegen politischer Tätigkeit aus Heidelberger Betrieben entlassen worden; wir waren in keinem Fall in der Lage, diese Konflikte auszunutzen, weil wir nie rechtzeitig Verbindung aufnehmen konnten - von den ungezählten Fällen, in denen Arbeiter entlassen wurden, die etwa rein technisch sich nicht geduckt haben, gar nicht zu reden. In 2 Vororten haben sich spontan Basisgruppen gebildet, mit denen wir nur mühsam Kontakt halten können; in 3 Stadtvierteln haben wir Basisgruppen projektiert, die bloß deswegen nicht arbeiten können, weil die jeweiligen Mitglieder der Betriebsprojektgruppe mit zu viel anderen Arbeiten belastet sind. Das gleiche

gilt für Basisgruppen in mindestens 5 weiteren Betrieben, in denen wir mit Arbeitern Kontakt haben, die ein Bedürfnis nach theoretischer und praktischer Arbeit haben, die aber nicht "von selber" anfangen können etwa Rosa Luxemburg zu lesen. Ganz abgesehen davon, daß es ein unerträglicher Zustand ist, daß wir auf die zwar nach wie vor bedeutenden aber immerhin im allgemeinen 60 Jahre alten Werke zurückgreifen müssen, weil wir es nicht schaffen, in Broschüren und Zeitschriften eine eigene Literatur zu entwickeln, die dringend für die Agitation in den Betrieben benötigt wird. Anstatt die Arbeiter gründlich über die Unternehmerprofite und die Möglichkeiten der Arbeitermacht aufzuklären, versichern wir ihnen "wir kämpfen - ihr müßt auch kämpfen". Umgekehrt: in den seltenen Fällen, in denen wir genaue Analysen vorgelegt haben, haben sich spontan Arbeitergruppen gebildet. Unsere Aufgabe ist bloß, die unausgesprochenen Erkenntnisse der Arbeiter zu formulieren, handeln werden sie selber. Wir sind elende Handwerkler, Pfuscher, die ihre Arbeit schlecht machen und es nicht schaffen, die zur Selbsttätigkeit fähigen, aber passiv bleibenden Genossen von der Dringlichkeit unserer Arbeit zu überzeugen.

Genau unter diesem Aspekt muß die Frage nach der Organisation gestellt werden. Die Spontaneität der studentischen Massenaktionen widerlegt den Arbeitern die Notwendigkeit von Rädelsführern und zeigt, wie schwach auch immer, die Möglichkeit des Widerstands. Es finden sich einzelne Individuen und ganze Gruppen, die bereit sind, den Widerstand an der Basis aufzunehmen. Aber sie sind vereinzelt und haben keinen Zugang zur Theorie. Sie unterliegen der gleichen Gefahr des Ökonomismus und Demokratismus, teilweise auch des Terrorismus. Wir müssen ihnen, so weit wir können, helfen; die Verkrüppelten müssen sich gegenseitig stützen, um ihre Verkrüppler endlich zu zerschlagen. Dazu müssen wir uns reorganisieren.

Die Handwerklerei in der Institutspolitik ist der Handwerklerei an der Basis durchaus vergleichbar...

Die Reorganisierung der revolutionären Arbeit

Das Prinzip der leninistischen Kaderorganisation ist nach wie vor vorbildlich. Es hat sich in allen sozialistischen Bewegungen bewährt, wo es mißachtet wurde, wie etwa in der Novemberrevolution hat das katastrophale Auswirkungen gehabt. Im Unterschied zu Lenin müssen wir aber der Spontaneität der Massen wie der Kader stärkere Bedeutung zumessen. Lenin konnte diesen Aspekt vernachlässigen, da das russische Proletariat sich tatsächlich in einer hervorragenden Kampfstimmung befand. Ist diese Kampfstimmung nicht vorhanden, besteht die Gefahr der Bürokratisierung, der Isolierung der Kader von den Massen, oder die Gefahr des Anarchismus. Wir müssen diese Gefahr sehen, dürfen aber nicht eine irrationale Angst vor ihr zulassen. Spontaneität und Notwendigkeit der Kader bedingen sich, eins wie das andere führt, wenn es isoliert bleibt, zum blutigen Scheitern oder zum Ausbleiben der revolutionären Bewegung. Wir müssen das Prinzip der Kaderorganisation auf die spezifischen historischen Bedingungen unserer Bewegung anwenden. Das bedeutet zunächst, daß wir die Organisation noch nicht auf der Ebene der BRD oder gar international zentralisiert aufbauen können, da einerseits die einzelnen Gruppen sich in einem weithin desolaten Zustand befinden, andererseits die lokalen Bedingungen des Kampfes recht unterschiedlich sind. - In Heidelberg z.B. sind sie so, daß folgendes Vorgehen adäquat scheint:

1. Ausgangspunkt ist die Universität. Die Genossen, die hier arbeiten, haben sich im AStA eine Zentrale geschaffen, von der aus die Arbeit der Institutsgruppen koordiniert wird. Der AStA hat - lokal - die Funktion eines ZK und ZO für die Universität.

2. Die Institusgruppen verschaffen sich an ihren Instituten eine Basis, von der aus sie die theoretisch-analysierende und agitatorische Arbeit an der Basis fachspezifisch diskutieren und einleiten. (Dazu gehört auch die Arbeit in und für die Dritte Welt). Die Institutsgruppen haben 4 Aufgaben zu erfüllen: 1. die Politisierung am Institut 2. die Organisierung der Politisierten (in AKs, ad hoc-Gruppen, usw.) 3. Herstellung der Kontinuität der Arbeit und Organisierung der sozialistischen Wissenschaft (die bürgerliche ist schon innerlich zerschlagen), indem sie 4. Wissenschaft als sozialistische Praxis entfalten.

3. Die Basisarbeit wird zentralisiert durch die Betriebsprojektgruppe, die - lokal - die Funktion eines ZK und ZO für die Betriebs-, Lokal- und Schularbeit hat.

4. In den Betrieben gibt es Kontaktgruppen, die die BPG mit Informationen versorgen und mit ihr gemeinsam Flugblätter und Aktionen diskutieren. In dem Maße, in dem in den Betrieben eine Basis entsteht, verwandeln sich die Kontaktgruppen zu Basisgruppen, d.h. nehmen zusätzlich theoretische und agitatorische Arbeit auf (indem sie die individuellen und Gruppenprobleme als gesellschaftliche aufzeigen). In ähnlicher Weise gehen die lokalen Kontakt- und Baisgruppen vor, die sich mit Mietfragen, Kindergärten, usw. beschäftigen und in den Arbeitervierteln Verbindungen zwischen den Betriebsbasisgruppen herstellen. Die BPG schickt Kontaktleute und Agitatoren in alle Kontakt- und Basisgruppen; bzw. aus jeder Kontakt- und Basisgruppe ist ein Mitglied oder mehrere auch in der BPG. Diese Arbeit muß bei den meisten Kontaktgruppen konspirativ sein, bei den Basisgruppen öffentlich. Die BPG stellt auch die Kontakte zwischen AStA, Institutsgruppen, antiautoritärem Kindergarten usw. und den Kontakt- und basisgruppen her. Die BPG tagt öffentlich (es sei denn, daß konspirative Fragen behandelt werden).

5. Um die organisatorische, agitatorische und technische Arbeit der BPG zu ermöglichen, müssen sich im Moment 10 bis 20 Genossen der BPG anschließen und ihr den Hauptteil ihrer Arbeit widmen. Dazu müssen sie sich aber bestimmte theoretische Kenntnisse aneignen, praktische Erfahrungen sammeln, sich langsam einarbeiten, um Handwerklerei zu vermeiden. Dazu wird sofort eine permanente Vorbereitungsgruppe eingerichtet. Über Aufnahme in die BPG entscheidet die BPG.

6. In dem Maße, in dem die BPG sich erweitert und konsolidiert, muß sie ihre Arbeit auf Mannheim und Ludwigshafen ausdehen. Das wird vor allem durch das ZO geschehen. Danach, aber auch schon jetzt muß die Arbeit auf Bundesebene - etwa durch Bundesseminare - aufgenommen werden. Das lokale ZO der BPG muß - evtl. im Zusammenschluss mit anderen lokalen ZOs - zu einem wirklichen ZO emporgehoben werden, um die Bildung einer Partei einzuleiten. Dazu ist schon jetzt maximale Zusammenarbeit mit dem BV und möglichst vielen Gruppen notwendig.

7. Sämtliche Gruppen arbeiten autonom, die Autorität der Kader muß sich ausschließlich auf größere Erfahrungen und gründlichere Kenntnisse stützen, die immer durch Diskussion zu vermitteln sind, wobei eine Vorrangstellung den Gruppen schon durch ihre bessere "Ortskenntnis" zukommt.

8. Oberstes Organ ist die MV, deren Entscheidungen allein verbindlichen Charakter haben. Dazu ist eine Verschärfung des Aufnahmeverfahrens notwendig, nur in Instituts- oder Basisgruppen bewährte Genossen sollten aufgenommen werden. Dem Vorstand sollten alle wichtigen Informationen zugeleitet werden, alle Aktionen sollten, wenn nicht auf der MV, mit dem Vorstand diskutiert werden (es sei denn, daß nicht gnügend Zeit ist).

9. Die Frage der Berufsrevolutionäre wird das System für uns lösen, indem es uns fortschreitend die Berufsaussichten vermauert. Wo das nicht der Fall ist, müssen sich die Genossen, nach Abschluß ihres Studiums, in ihren Berufen syndikalisieren. Auch wenn sie so nicht revolutionär arbeiten können, können sie doch wichtige politische Funktionen übernehmen.

10. Die organisatorischen Fragen dürfen nicht bürokratisch-formal angegangen werden, sie müssen inhaltlich und politisch gelöst werden.

Zusammenfassung

Die 1. Phase des SDS dauerte bis etwa 1966 und war sektiererisch. Die politische und ökonomische Krise von 1967 leitete die 2., antiautoritäre Phase ein. Die organisatorische Krise des SDS von 1968/69 muß die 3. Phase einleiten, die Abkehr vom antiautoritären Autismus, die Schaffung einer wenn auch schmalen Basis bei den lohnabhängigen Massen. Dann - aber auch nur dann - kann die zu erwartende politisch-ökonomische Krise von 1970, die vierte Phase einleiten, die eine revolutionäre sein muß, deren organisatorischer Ausdruck eine revolutionäre Partei sein wird. Jetzt lassen sich alle unsere Aufgaben zusammenfassen in dem Satz: Die 2. Phase liquidieren!

Der 1. Mai 1969 muß davon der Anfang sein. Wir müssen den 1. Mai zu einem Kampftag der sozialistischen Bewegung der Arbeiter und Studenten machen.

Fritz Kramer, SDS Heidelberg

VDS - HANDWERKELEI DES SDS

Die Studentenbewegung und mit ihr der SDS hatten in Köln keine Welt zu gewinnen aber viel Zeit zu verlieren. In Köln wurde viel Zeit verloren. Die Reorganisation des VDS scheiterte u.a. an der Desorganisiertheit des SDS. Der SDS droht eine überdimensionale ad hoc-Gruppe zu werden. Daher sein Versagen immer dann, wenn es darauf ankommt. Was euphorisch als Aufgehen des SDS in der Studentenbewegung bezeichnet wurde, enthüllt sich mehr und mehr als Untergang im linken Sumpf.

Der Ausschluß der Revisionistenfraktion auf der DK in Frankfurt war als Anfang einer neuen Verbindlichkeit im SDS deklariert worden. Die verschiedene Motivation dieses Ausschlusses bei den einzelnen Gruppen äußert sich jedoch derzeit als Sammelsurium unverbindlicher Meinungen. Der Frankfurter Ausschluss muß allererst legitimiert werden: durch Kritik und Selbstkritik ist eine Organisation zu schaffen, die ihre eigenen revisionistischen Eierschalen ablegt. Die organisatorische Misere des SDS offenbarte sich exemplarisch in Vorbereitung und Durchführung der Kölner VDS-MV.

Nachdem sich der SDS in seiner narzistischen Phase ohnehin nicht um den VDS kümmern mochte, rief sich dieser durch den Rücktritt der 3 stellvertretenden Vorstandsmitglieder und dem folgenden Rausschmiss Ehmanns in Erinnerung. Im VDS selber begann die hektische Produktion von "Strukturpapers", die ihre bürokratische Provenienz hinter linkem Jargon und in einem "Rätemodell" schamhaft zu verbergen suchten. Hatten etliche Gruppen (Frankfurt, München, Tübingen, etc.) schon immer die AStA-Problematik durch revolutionäres Gerede verdrängt, so war auch der SDS insgesamt auf die VDS-MV nicht vorbereitet. In diesem strategischen Vakuum war für aufgeregte BV-Mitglieder und einzelne Genossen, die sich als VDS-Spezialisten entdeckten, genügend Raum sich planlos zu tummeln.

Mit Mühe gelang es eine "Fraktionsbesprechung" zustande zu bringen. Telephonate des BV und schwachsinnige Geheimpapiere einzelner Heidelberger Genossen brachten schließlich eine Woche vor der MV eine Sitzung in Heidelberg zustande. Die von Volker Gerhard initiierte "Strukturdebatte" wurde kritiklos übernommen, wenn auch dessen Strukturvorschläge kritisch aufgenommen wurden. Eine politische Diskussion kam nicht zustande. Stattdessen wurde die Organisationsdebatte des SDS reproduziert, wobei ihre Abstraktheit dadurch ins rechte Licht gerückt wurde, daß sie sich ohne weiteres auf den VDS übertragen ließ. Personalfragen wurden, wie immer, nicht diskutiert. Exzessives Geschwätz ist eben schon deshalb vor "Personalisierung" sicher, weil es überhaupt inhaltslos ist. Udo Knapp gab zwar vor, die evtl. Besetzung des Vorstandes sei personell gesichert, doch erwies sich seine Behauptung in Köln als bloßes Windei (die betreffenden Genossen wussten noch gar nichts von ihrem Glück).

Aus den Erfahrungen in Heidelberg klug geworden, versuchten die Berliner und Heidelberger Genossen in Köln die "Strukturdebatte" dadurch in engen Grenzen zu halten, daß sie zuvor eine politisch-strategische Debatte führen wollten. Das ging deshalb in die Binsen, weil die anderen SDS-Asten nicht mitzogen und der AStA Frankfurt (LSD) unter Beteiligung des Genossen Riechmann heftig gegen diesen Vorschlag anging. Damit zeigte sich auch, wie brüchig der Fraktionsbegriff war, der der Heidelberger Besprechung zugrunde gelegen hatte. Mit Verbindlichkeit hatte er nichts zu tun, war doch auch von den einladenden Genossen "streng vertraulich" alles angeschrieben worden, was irgendwie von ferne links erschien. War so eine atrophe "Strukturdebatte" nicht zu verhindern, dann erwiesen sich die Genossen, vor allem auch die des BV, als völlig unfähig, sie durch Reduktion auf ihren Kern, nämlich alle institutionellen Hemmnisse für eine radikale Politik zu beseitigen ohne diese selbst einer Kontrolle der lokalen Studentenbewegungen zu

entziehen, möglichst zu vereinfachen. Stattdessen verfielen die Genossen selbst dem papiernen Perfektionismus und umkämpften Stunde für Stunde ein unpräzises und unhandliches Papier, das sie dann in 2. Lesung für nahezu jeden Abänderungsvorschlag offenhielten, um es nach der endlich erschlichenen Annahme in den Orkus schicken zu müssen, weil es juristisch nicht haltbar war.

Diese Fehler lassen sich nicht mehr personell erklären. Sie sind Ausdruck einer Situation innerhalb des SDS, die durch zielloses Schwanken zwischen Opportunismus und Putschismus, zwischen Zungenrederei und Kraftprotzen gekennzeichnet ist, einer Situation, wo die Launen einzelner Genossen nur noch der subjektive Ausdruck sind für das allgemeine Kneifen vor den Konsequenzen der Avantgardefunktion des SDS in der Studentenbewegung. So kann es passieren, weil eines der BV-Mitglieder (Knapp) halt gerade dazu Lust hat, daß man im SDS-info den VDS zur Milchkuh macht, die gemolken werden soll ("bürokratische Organisationen sind ... dazu da, ausgepowert zu werden"), um ihn dann durch perfektionistische Strukturpapiere zu der Organisation der Studentenbewegung hochzustilisieren. Hat man dann den VDS verbal gleichgesetzt mit dem SDS, indem man ihm dessen (gescheiterte) Organisationsform überstülpen will, dann kann man natürlich nicht darauf verzichten, den Deligierten nach dem Mund zu reden, denn es sind halt nach wie vor keine Genossen. Folgerichtig wurde Volker Mueller (SDS Heidelberg), als er in einer Verhandlungspause die SDS Genossen zu einer Fraktionsbesprechung aufforderte, wegen seiner "Ungeschicklichkeit" (Knapp) gerügt, weil er nicht unverfänglich die Unis Berlin,Frankfurt und Heidelberg aufgefordert hätte. Geht das ganze Manöver schief, dann droht man aus einem VDS auszutreten, dessen Möglichkeiten man durch hochgestochene Strukturpapers und Seelenbehandlung seiner Delegierten vorher sinnlos geschmeichelt hat. So eng benachbart sind Bismarcksche "Realpolitik" und Idiotie, oder Opportunismus und Putschismus.

Durch den Kampf um Strukturpapiere verdrängt, konnte die eigentliche Auseinandersetzung innerhalb der linken Asten nur mittelbar ausgetragen werden. Mit unglaublicher Verbissenheit kämpfte man um Paragraphen als handelte es sich um Errichtung einer leninistische Partei, die man aber nicht durch politische Auseinandersetzung sondern durch Eloquenz und schwammige Papiere ermöglichen müsse. Die Scheu vor der Organisation, die Denunziation von Personaldebatten als schon fast terroristisch (vgl. dagegen: Jürgen Sendler, SDS-info 7/8), die Ablehnung von Disziplin und die Weigerung Fraktionsgegensätze zur Kenntnis zu nehmen, liefern den SDS ad hoc-Entscheidungen einzelner Personen aus. Demokratismus. das Hin und Her zwischen Ausarbeiten von Rätemodellen und Vorbereitung von Palastrevolutionen, vergißt, daß die Revolution nur zu machen ist, wenn eine revolutionäre Organisation sie erkämpft.

"Wir sind für einen aktiven ideologischen Kampf, denn er ist die Waffe, mit der wir die Einheit innerhalb der Partei und innerhalb der revolutionären Organisation im Interesse unseres Kampfes herbeiführen. Jeder Kommunist und jeder Revolutionär muß zu dieser Waffe greifen." (Mao Tse-tung) Wie wir den elitären Quietismus der Genossen Stefan Becker (FFeiburg) und Brinkmann (Giessen) bekämpfen müssen, so müssen wir alle harmonisierenden Tendenzen im SDS rücksichtslos kritisieren. (siehe: Artikel des Genossen Fritz Kramer, S.3)

Im Auftrag der MV des SDS Heidelberg vom 10.3.69

Joscha Schmierer

MATERIAL ZUR VORBEREITUNG DER TREFFEN DER INSTITUTS- UND PROJEKTGRUPPEN, ANLÄSSLICH DER ARBEITSKONFERENZ DES SDS

Zur Arbeitskonferenz der Institutsgruppen Germanistik, 8 und 9.4. in Frankfurt/M.

Der Zustand unserer Wissenschaft ist derart obsolet, daß schon die großbürgerliche Presse und die Zeitungen der Kultur - Bourgeoisie pathetisch für die Abschaffung der Literatur und Germanistik sich stark machen. Modeärzte wie Szondi und Wapnewski doktern schon seit einiger Zeit ohne besonders viel Energie und Ernsthaftigkeit an der Germanistik herum, und der Argument-Verlag läßt ein Heft erscheinen, das "Kritik der bürgerlichen Germanistik" heißt, als ob es auch eine nicht -bürgerliche, historisch - materialistische geben könnte (die wäre immerhin so weit von der Kathederwissenschaft entfernt, daß es niemandem einfiele, sie Germanistik zu nennen).

Daß der SDS bevorzugt von solchen Studenten Zulauf erhalten hat, die aus einer Mittelschicht stammen, deren Kennmal die kleinbürgerliche Fixierung an die Kultursphäre ist, macht zugleich die Stärke und die Schwäche der germanistischen Basisgruppen aus. Die Stärke liegt natürlicherweise in ihrer großen Zahl (z.Zt. an 14 Universitäten: in Berlin, Bochum, Darmstadt, Erlangen, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Kiel, Mainz, Marburg, München, Münster, Regensburg und Tübingen). Ihre Schwäche liegt in der reformistischen Arbeitsweise vieler Gruppen, die sich gelegentlich wohl dadurch erklärt, daß die Basisarbeit für viele Genossen ein kompensatorischer Rückzug in die Universität nach den Frustrationen der Massen- und Stadtaktionen gewesen ist. Wo die Basisarbeit nicht durch Aktionen (Besetzung, aktiver Streik) oder institutsexterne politische Arbeit (Schüler) radikalisiert wurde, ist sie häufig nicht mehr als energische Fachschaftsarbeit auf organisatorischer und linke Wissenschaftskritik auf theoretischer Ebene.-So kommt es, daß vielfach die germanistischen Basisgruppen noch nicht die Aufgaben wahrnehmen können, die sie innerhalb von SDS und APO erfüllen könnten, nämlich die Zerstörung der romantischen Illusionen vieler Genossen über "Kulturrevolution" und "Überbaurevolution". - Zu der linken Wissenschaftskritik, auf die sich zur Zeit die meisten, und gerade die erst seit kurzem arbeitenden germanistischen Basisgruppen vorbereiten, lädt natürlich die methodische Hilflosigkeit der Germanistik ein; allerdings laufen diese theoretischen Partisanen Gefahr, umstandslos den für die bürgerlichen Kulturwissenschaften typischen Methodenpluralismus zu bedienen mit einer interessanten, modischen Variation, nämlich der histroisch - materialistischen Methode. Es dürfte deshlab für die Arbeitskonferenz besonders wichtig sein, die Verbindung institutsinterner Konfliktstrategien mit der institutsexternen Arbeit zu diskutieren, Dazu liegen bisher folgende Vorschläge und Projekte vor:

revolutionäre Berufspraxis / Schülerarbeit / Kulturimperialismus (Goethe - Institute) / Gastarbeiter (Deutschunterricht) / Publikationswesen/

Auf theoretischer Ebene lassen sich die Basisgruppen häufig auf den cultural lag ein, der das professorale Selbst-(miß)-verstandnis von Germanistik kennzeichnet: die Germanistik wird als Ideologie im klassischen Sinn bezeichnet, die die Verschleierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse betreibe. Diese Analyse trifft wohl genau den Zustand der Germanistik im Imperialismus, nicht aber ihre Funktion unter den Bedingungen der Ka-

pitalverwertung auf technologischem Niveau. Auch das Verständnis von Germanistik als Verschwendung von Arbeitskraft und gesell - schaftlichem Reichtum und als Produzentin von toten Kosten, wie wir es früher aufgefaßt haben, wird sich nicht halten lassen. Die Basisgruppe Frankfurt wird auf der Arbeitskonferenz Thesen zur Stellung der Kulturwissenschaften in der technokratischen Gesellschaft vorlegen.

Als dritten Themenkreis werden wir Fragen der institutsinternen und universitätsinternen Strategie zu diskutieren haben: theoretische Partisanen / Doppleherrschaft / Satzung / Besetzung / Struktur der Basisgruppe/ . Bei aller politischen Ungleichzeitigkeit der verschiedenen Basisgruppen werden wir hier die politische Erfahrung im Seminar, die die Gruppen bisher gemacht haben, einbringen können.

Als Termin schlagen wir den 8. - 11. 4. 1969 vor; damit läge das Seminar gleichzeitig mit der Arbeitskonferenz der slavistischen Basisgruppen und innerhalb des einwöchigen Bundesseminars vom SDS. Wir bitten die Genossen von den Basisgruppen Papers, Diskussionsbeitrage etc. in einer Auflage von mindestens 100 Stück nach Möglichkeit bereits vorher an P. Mosler, 6 Frankfurt/M Porthstr. 1-3 zu schicken; an diese Adresse auch die Anmeldumgen.

Übrigens: die Genossen von den Basisgruppen BOCHUM, DARMSTADT, REGENSBURG sollen sich endlich melden!

INSTITUTSGRUPPE GERMANISTIK FRANKFURT

VON DER KRITISCHEN WISSENSCHAFT ZUM KLASSENKAMPF

Damit die allgemeine Mobilisierung der Studenten nicht abstrakt und für den Einzelnen perspektivlos bleibe, versuchten wir, die eigene Studienpraxis zu revolutionieren, wir begannen mit der Politisierung des Studiums. In unserer politischen Praxisinnerhalb und außerhalb der Universität ging stets als unerkannte Kraft unsere Unzufriedenheit mit dem Studium ein. Jeder Student macht am Anfang seines Studiums die Erfahrung fundamentaler Langweiligkeit seines Studiums, der er zunächst durch die Suche nach interessanten Seminarthemen abzuhelfen sucht. Ein Büchnerseminar wird immer voller sein als ein Spitzseminar, weil Büchner scheinbar aktueller zu sein verspricht. In der Suche nach aktuellen und interessanten Themen druckt sich der Wunsch aus, etwas über die gesellschaftliche Relevanz der wissenschaftlichen Gegenstände und der eigenen Arbeit zu erfahren. Die Entfremdung des Studiums versuchten wir durch die Hereinnahme eines gesellschaftlichen Vermittlungszusammenhanges, etwa im Studium der Literatursoziologie, aufzuheben. Die Erfahrung, die wir in unseren politischen Aktionen, in Konfrontationen mit der Polizei, in Besetzungen etc. gewannen, steigerten das Bewußtsein der Irrelevanz unseres Studiums ins Unertragliche. In wissensschaftsimmanenten Bahnen suchten wir die Diskrepanz zwischen unpolitischem Studium undpolitischer Praxis aufzuheben. Doch unsere Versuche, die Wissenschaft zu politisieren, um sie zu einer Produktivkraft für Praxis zu machen, blieben in einer Radikalisierung der wissenschaftlichen Themenstellung stecken. An die Stelle der Seminare über Büchner allgemein setzten wir ein eigenes Seminar über die Entfremdung bei Büchner. Doch in all diesen Versuchen stießen wir an die Mauern der Immanenz, die uns in der Entfremdung gefangen hielten. Die Unzufriedenheit darüber wurde so groß, daß selbst in unseren progressivsten Seminaren die kritische wissenschaftliche Arbeit ins Stocken geriet. Die Frustration darüber, daß die Schranken des Wissens und der Bildung im Medium des Wissens nicht aufzuheben waren, führte zuletzt im Fünferprojekt dazu, daß selbst die ehrlichsten, ideologiekritischen Bemühungen die Widerstände dagegen nur vergrößerten. Die Aufhebung diese Frustration und die Realisierung unserer Intention ist nur möglich, wenn wir von der kritischen Wissenschaft zum Klassenkampf vorstoßen. Was wir zu leisten haben, ist nicht eine Neuauflage der expertokratisch elitären Vorstellung von "reiner Wissenschaft", diesmal als "kritische Wissenschaft" vorgetragen. Wir haben eine schmutzig mit den herrschenden Interessen verfilzten offiziellen Wissenschaft eine schmutzig mit den unterdrückten Interessen verfilzte Wissenschaft entgegenzusetzen. Der reaktionäre oder klassenkämpferische Charakter einer Wissenschaft ist durch ihre tatsächliche Funktion innerhalb des gesellschaftlichen Systems bestimmt. Taugt dementsprechend reaktionäre Wissenschaft zu reaktionärer Praxis, so hat ihre wirkliche Kritik ihr theoretisches und praktisches Zentrum da, wo diese reaktionäre Wissenschaft ihre wirkliche Praxis hat: in den Institutionen und Berufen, in denen dafür gesorgt ist, daß wissenschaftlich qualifizierte Menschen ihren spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung und Rationalisierung des Spätkapitalismus leisten. Revolutionäre Wissenschaft beginnt dementsprechend mit der Untersuchung und Kritik der Berufspraxis wissenschaftlich qualifizierter Menschen, um konkret prüfen zu können, wie in den spezifischen Berufen für die Beseitigung des Kapitalismus gearbeitet werden kann. Wir Germanisten müssen mit der Revolutionierung unserer Berufspraxis beginnen. Es ist besser, die Berufspraxis zu verändern, als sie zu verdrängen!

REVOLUTIONÄRE BERUFSPRAXIS ALS LEHRER

1. Die Germanistik, die von der Fixierung auf ihre Gegenstände her jeden Bezug zu der gesellschaftlichen Wirklichkeit leugnet, und sich bestenfalls als Betroffene gesellschaftliche Prozesse darstellt, hat ihre Entsprechung in den Studenten, denen jeder Wirkungszusammenhang ihrer Tätigkeit verlorengegangen oder bis heute allenfalls als abstrakter Wunsch möglich ist. Die daraus resultierende permanente Verdrängung der Berufspraxis - statistisch nachweisbar an den nur verschämt geäußerten Berufswünschen der Germanistikstudenten - verweist auf die berechtigte Angst einerseits vor der unausweichlich scheinenden Zukunft des Unterdrückten Unterdrückers und andererseits, bei den progressiven Studneten vor der erneuten Isolierung als Einzelkämpfer gegen die organisierte Unterdrückungsmaschienerie der Schule. Was die Germanistik als autoritäre Organisation verinnerlichter Individuen verunsichern konnte, die solidarischen Artikulation verschütteter Bedürfnisse erscheint in ihrer praktischen Dimension, dem Deutschunterricht, als Verurteilung zu einer aussichtslosen Märtyrerzukunft. Die erfolgreichen Repressionsversuche gegen linke Referendare in Berlin scheinen beweiskräftig. Die Ansätze syndikalistischer Lehrerorganisationen scheinen hilflose Versuche zu sein, einen Schutzzusammenhang herzustellen. Hilflos, weil sich diese Lehrerorganisationen quasi gewerkschaftlich von der Schulbürokratie emanzipieren wollen und sich nicht verbündet haben mit den tatsächlichen Opfern der Schulbürokratie, deren widerspruchsvoller Agent sie nicht mehr sein wollen. Revolutionäre Berufspraxis der Lehrer hätte - lernend von den emanzipatorischen Bedürfnissen der Schüler - zu begreifen, daß es in der Schülerrebellion um die eigenen Bedürfnisse geht. Erst in diesen Kämpfen wird die Organisationsform der revolutionären Lehrer zu bestimmen sein.

2. Um reaktionärer germanistischer Berufspraxis in den Schulen revolutionäre entgegenzusetzen zu können, müssen wir genau studieren, was die wirkliche Funktion des gegenwärtigen Deutschunterrichts ist. Wir wissen, daß die Schule neben der Familie die wichtigste Institution ist, die für die Herausbildung der Sozialcharaktere sorgt, die dem Unterdrückungszusammenhang des Kapitalismus entsprechen. Zur Herausbildung dieser Sozialcharaktere hat der Sprachunterricht spezifische Typen technischer Sprachfähigkeit und gesellschaftlicher Sprachlosigkeit auszubilden. Dies ist von uns des Genaueren zu studieren. In einer revolutionären Berufsperspektive geht es deswegen nicht um die Kritik einer "irgendwie" reaktionären Germanistik oder eines "irgendwie" reaktionären Deutschunterrichts. Vielmehr geht es beim Studium der wirklichen Funktion des gegenwärtigen Deutschunterrichts um die konkrete Einsicht, daß die dort praktizierte Germanistik reaktionär ist, weil sie den Klassenkampf auf der Seite der Unterdrücker mit ihren Mitteln betreibt. Aus dieser Einsicht ergeben sich die entscheidenden Folgerungen für die genauere inhaltliche und organisatorische Bestimmung einer revolutionären Berufspraxis. Stammt die praktische Wirklichkeit reaktionärer Germanistik aus ihrer wirklichen Rolle im Klassenkampf, so werden wir ihre praktische Kritik nicht jenseits des Klassenkampfs ansiedeln können. Wir dürfen dem reaktionären Deutschunterricht also nicht eine Vorstellung von einem "kritischen Deutschunterricht" entgegensetzen, welche Vorstellung wir expertokratisch und elitär in Seminaren entwickeln. Solches Vorgehen liefe organisatorisch unweigerlich auf ein berufsständisches Syndikat mit lenks-phraseologischer Präambel hinaus.

Vielmehr werden wir revolutionäre germanistische Berufspraxis aus ihrem Beitrag zum Klassenkampf auf der Seite der Unterdrückten zu bestimmen haben. Organisatorisch ist dementsprechend für die konkrete Zusammenarbeit eines solchen Lehrersyndikats mit der sozialistischen Bewegung auf jeder Stufe ihres Kampfes zu sorgen.

3. Die konkreten Bedingungen für revolutionäre Berufspraxis können wir allerdings nur mit denen zusammen erarbeiten, die wir uns nach dem klassenpolitischen Sinn der Schule als Objekte unterwerfen sollen, und die Subjekte im Kampf gegen die Schule werden müssen: mit den Schülern. Die Schule, neben der bürgerlichen Familie die wichtigste Sozialisationsinstitution im kapitalistischen Unterdrückungszusammenhang, produziert zugleich auch schon die Auflehnung derer, die in ihr sozialisiert werden sollen
Dem reaktionären Deutschunterricht, dem die Aufgabe zufällt, das Bedürfnis des Schülers nach praktischer Entfaltung der eigenen Fähigkeiten umzuleiten in ein Interesse an Literatur als einer Surrogatbefriedigung gehemmter Selbsttätigkeit, dürfen wir nicht die Kritik der Literatur entgegenhalten. Vielmehr müssen wir versuchen, aus den vorhandenen - nicht den durch uns erst erzwungenen - Lesestoffen der Schüler (comic strips, Illustrierte, Pornographie, "Sachbücher", "Kitsch", moderne Literatur) die Bedürfnisse bewußt zu machen, die ihre Befriedigung in Literatur zu erlangen versuchen. Revolutionärer Sprachunterricht hätte zu helfen, über die Widerstände in der gesellschaftlichen Wirklichkeit und die gesellschaftlichen Gründe dafür aufzuklären, die solche Bedürfnisse in das Reich sorgsam entschärfter Ersatzbefriedigungen verweisen, um daran politische Strategie für eine befreiende, die Bedürfnisse ins Recht setzende und artikulierende Praxis zusammen mit den Schülern zu entwickeln und durchzuführen. Nichts anderes als die Ausbildung historisch-materialistischen Denkens und Handelns ist das Ziel revolutionären Sprachunterrichts!
In diesem Prozeß liegt zugleich eine Bedingung für die individuelle Emanzipation der Lehrer: die Verkrüstungen unseres Sozialcharakters nicht allein reflektorisch sondern wirklich aufzuarbeiten in den Befreiungskämpfen der Schüler an den Problemen, an denen wir selbst als Schüler, damals uns nicht auflehnend, unsere Sozialisation erlitten. Gerade dieser Zusammenhang verweist uns auf die Notwendigkeit, von den Schülern lernen zu müssen, um ihre Lehrer sein zu können.

LERNT PÄDAGOGIK MIT DEN REBELLISCHEN SCHÜLERN !

Es kann also nicht darum gehen, an der Schule aufklärend zu wirken, was die Perspektive ideologiekritischer Seminare an der Universität ist. Unsere und der Schüler Aufklärung haben wir zu betreiben, indem wir mit ihnen die Schule als Unterdrückungsinstitution zerschlagen. Dieser Kampf gegen die Institution Schule ist Teil des Kampfes gegen das Institutionengefüge des Spätkapitalismus.

4. Für den Kampf der revolutionären Schüler und Lehrer gegen die Unterdrückungsinstitution Schule gilt eine Erfahrung, die wir in unserem Kampf in der Universität gemacht haben. Weil die Institution Universität, und dementsprechend auch die Schule, der Herstellung einer Ware Mensch dient, die für die Herrschaft des Kapitals funktional ist, sind die Erfolge des Kampfes gegen diese Institution abhängig von den Fortschritten des soziali-

stischen Kampfes gegen den Herrschaftszusammenhang des Kapitals selbst. Wir können deswegen die Schülerrebellion so wenig wie die Studentenrebellion strategisch sinnvoll entwickeln, wenn wir nicht ständig ihr Verhältnis und ihren Beitrag zu den jeweils wichtigsten Auseinandersetzungen der sozialistischen Bewegung mit dem Kapitalismus im Auge haben und praktisch verwirklichen.
Ohne Zweifel ist der Kampf des Proletatiats in der Produktionssphäre die entscheidende Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus. Entsprechend dem Umstand jedoch, daß die Herrschaft der Kapitalisten in unserer Epoche der gesamtkapitalistischen Balancierungs- und Integrationsleistung der staatlichen und halbstaatliche Institutionen bedarf, wir der Kampf um die Erschütterung und Pralysierung dieses Institutionengefüges auch dann von zentraler Wichtigkeit für die sozialistische Bewegung bleiben, wenn der proletarische Kampf in der Produktionssphäre quantitativ und qualitativ erweiterte Dimensionen angenommen haben wird. Die Anstrengungen zur Erschütterung und Paralysierung des spätkapitalistischen Institutionengefüges und die Anstrengungen um die Entfaltung des Klassenkampfes in der Produktionssphäre müssen von der Schüler- und Studentenrebellion nicht nur äußerlich unterstützt werden. Vielmehr müssen die revolutionären Schüler, Studenten und Lehrer in der praktischen Teilnahme an diesen Kämpfen sich ständig weiter zu Sozialisten ausbilden.
Bei der unmittelbaren praktischen Unterstützung z.B. der Basisgruppen, der Justizkampagne oder was sonst gerade die wichtigsten Auseinandersetzungspunkte und -bereiche sind, müssen wir uns bemühen, solche Unterstützungsformen herauszufinden, bei denen wir uns auch spezifisch als Lehrer, Schüler und Studenten weiter revolutionieren können.

STOSST MIT DEN REBELLISCHEN SCHÜLERN ZUR HAUPTKAMPFLINIE VOR !

Um mit einem Beispiel solche spezifischen Unterstützungsmöglichkeiten besser anzudeuten:
Wir alle wissen, daß den verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft spezifische Sprachfähigkeiten entsprechen. Unser Wissen über schichtenspezifische Sprachen hat uns jedoch bisher bestenfalls zur Denunziation der Klassenzustände gedient (dazu noch oft verbunden mit dem sozialdemokratischen Bestreben, die unteren Schichten die Sprache der oberen erlernen zu lassen). Diese Kenntnisse haben uns jedoch nicht geholfen, als Sprachwissenschaftler herauszufinden, welche Widerstände, vor allem aber: welche günstigen Möglichkeiten die Unterklassensprache für den Revolutionierungsprozeß enthält. Für einen Deutschunterricht, wie er oben angedeutet wurde, wäre aber solches Wissen unentbehrlich. Es ist klar, daß wir uns diese Kenntnisse nicht am Schreibtisch verschaffen können. Vielmehr hätten wir diese von den Arbeitern zu lernen, z.B. wenn wir mit ihnen ein Flugblatt oder eine Betriebszeitung schreiben.
So, wie wir unsere Berufspraxis mit den rebellierenden Schülern erlernen müssen, so den Kampf gegen die Schule mit den Genossen an den zentralen Auseinandersetzungspunkten und d.h. langfristig: von und mit den kämpfenden Arbeitern.

UNTERLAUFT DAS PRÜFUNGSSYSTEM!

Zur Zulassung für die Berufsausübung wird ein Zertifikat in Form von Abschlußprüfungen verlangt, eine Übung, deren Wert bereits von lernpsychologischen und bildungstheoretischen Gesichtspunkten her verneint wird.
Die bestehenden Prüfungen tragen einen Januskopf: Zum einen sind sie eine Farce, sie stellen keine wirklichen Anforderungen, das gilt insbesondere für das Staatsexamen; zum anderen aber terrorisieren sie die Studenten, setzen sie bis zur Schädigung ihrer psychischen Struktur unter Druck, lähmen die Entfaltung ihrer kritischen Intelligenz. Wenn wir zugleich im Fall der luxurierenden Geisteswissenschaften, wie der Germanistik, davon ausgehen, daß im Studium keinerlei Wissen vermittelt wird, das für die herrschende Berufspraxis verwertbar ist, daß entsprechend in den Prüfungen auch nicht die Kenntnis dieses Wissens überprüft wird, erkennen wir deren objektive Funktion: Der Schlauch solcher Prüfungen dient zur Kontrolle, ob die im Studium einzuübende Anpassung an die späteren Berufserfordernisse gelungen ist.
Die bestehenden Prüfungen sind das mächtigste, wirkungsvollste und am meisten ernstzunehmende Instrument zur Disziplinierung der Studenten!
Wenn auch unser strategisches Ziel die vollständige Abschaffung selektierender Prüfungen ist und wenn wir fordern, daß an ihre Stelle die öffentliche Kritik der Arbeitsergebnisse in den Studienkollektiven tritt, so müssen wir doch erkennen, daß dieses Ziel illusionär ist, solange die Universität nicht aus dem Funktionszusammenhang des Kapitals herausgebrochen ist. Dieses Ziel kann erst im entfalteten Klassenkampf selbst erreicht werden.
Unsere taktische Devise muß daher lauten:
UNTERLAUFT DAS PRÜFUNGSSYSTEM!
ERHEBT DIE IDIOTIE DER PRÜFUNGEN ZUM PROGRAMM!
VERHALTET EUCH PARASITÄR ZU DEN INTERESSEN DES KAPITALS!
Die terroristische Funktion der Prüfungen wird durch zwei Faktoren bedingt:
a)Kluft zwischen Studium und Prüfung: das Studium bereitet nicht auf die Prüfungen vor;
b) Kluft zwischen realen Prüfungsanforderungen und Prüfungsordnungen: es wird nur ein winziger Teil dessen verlangt, was auf dem Papier steht.
Daraus leiten sich zwei Schlußfolgerungen für den Kampf gegen das bestehende Prüfungssystem ab:
1. wir können auf die bestehenden Lehrveranstaltungen verzichten, wir bereiten uns selbst auf das Examen vor;
2. diese Vorbereitung ist in einer äußerst geringen Zeit zu leisten. Dadurch gewinnen wir ungeheuer viel Zeit, vermeiden den Verschleiß produktiver Intelligenz. Die frei gewordene Zeit und Arbeitskraft verwenden wir sinnvoll zur VORBEREITUNG REVOLUTIONÄRER BERUFSPRAXIS!

Die Devise: UNTERLAUFT DAS PRÜFUNGSSYSTEM auf das Germanistikstudium angewandt, heißt praktisch-konkret:
I. Zwischenprüfung: Ihr besucht keine Seminare des Grundstudiums mehr, sondern schreibt lediglich die drei Klausuren der neueren, älteren und linguistischen Abteilung sowie die Sprachklausuren. Ihr bereitet euch gezielt in Gruppen zusammen mit älteren Kommilitonen an Hand von Skripten vor. Bei den Klausuren verwertet ihr eure Kenntnisse aus der Schule: Ihr betreibt organisiertes Mogeln und Abschreiben. Durch diese Technik schafft ihr das Grundstudium in einem Semester.
II. Philosophikum: Gleiches Vorgehen wie bei der Zwischenprüfung; das Philosophikum ist in einer Woche zu absolvieren.
III. Staatsexamen: Für eure Prüfungsschwerpunkte (in neuerer und älterer Abteilung je drei) werden Standartthemen ausgearbeitet. Nicht länger frustriert sich jeder vereinzelt an seinen Prüfungsthemen sondern alle machen ab jetzt Kleist und Hartmann von Aue. Darüberhinaus wird fürs Mündliche ein Katalog allgemeiner Prüfungsfragen zusammengestellt (Metrik, Grammatik etc., eventuell nach Prüfer verschieden). Dadurch verkürzt sich die Idiotie von über zwölf Semestern auf die Idiotie von ein bis zwei Semestern.
IV. Studiengang: 1. Semester: Zwischenprüfung, 10. Semester: Staatsexamensvorbereitung. 11. Semester: Staatsexamen. 2. bis 9. Semester: Vorbereitung auf die revolutionäre Berufspraxis, unterbrochen durch eine Woche Philosophikum.
Im Studienbuch wird belegt, was das Prüfungsamt sehen möchte.
Die Assistenten und Professoren, die bereit sind, im Rahmen dieses Konzepts mitzumachen, arbeiten die für die Vorbereitung zum Examen notwendigen Skripten aus.
ALLE PRÜFUNGEN SIND PAPIERTIGER: Taktisch sind sie ernst zu nehmen, strategisch sind sie lächerlich. Kurzfristig bedeuten sie ein wichtiges Hindernis bei der Entfaltung unseres Widerstandes, d.h. ängstigen sie uns. Langfristig aber können wir ihnen durch solidarische Praxis und genaue Einteilung unserer Kräfte begegnen und ihnen den entscheidenden Stoß versetzen.

KAMPAGNE GEGEN DEN B R D - IMPERIALISMUS IN DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIEN

Seit 8 Jahren kämpfen die Völker Angolas, Guineas (B) und Mozambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus. Portugal, selbst ein unterentwickeltes Land und Halbkolonie der westlichen Monopole, kann seine Kolonialherrschaft nur mit wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung seiner konterrevolutionären NATO-Partner behaupten. Die BRD hat dabei die führende Rolle eingenommen (siehe INFO Januar).

Zulange war unser antiimperialistischer Kampf ~~gegen~~ fixiert auf den US-Imperialismus. Wir müssen damit beginnen, die westdeutsche Konterrevolution zu bekämpfen. Dort, wo der agressive Charakter der westdeutschen Politik am deutlichsten zutage tritt, müssen wir ansetzen.

Aufklärung über den BRD-Imperialismus wird die erste Stufe dieses Kampfes sein. Diese bleibt allerding innerhalb unserer politischen Strategie bedeutungslos, wenn wir sie nicht zu einem Moment unserer politischen Arbeit an Hochschulen, Schulen und Basisgruppen werden lassen. Die Kampagne gegen die Entwicklungshilfe (siehe letztes INFO) wird in diesem Sinne die Verbindung zwischen antiimperialistischem und antikapitalistischem Kampf herstellen müssen.

Wie auf dem Hamburger Internationalismus-Seminar abgesprochen, soll im Sommer-Semester an verschiedenen Universitäten eine Kampagne gegen die Beteiligung des BRD-Imperialismus am portugiesischen Kolonialismus laufen. Die Afrika-Projektgruppe im INFI schlägt vor, dass die arbeitenden Afrikagruppen diese Kampagne koordinieren und zwar so, dass diejenigen, die schon eingehender über den BRD-Imperialismus in den portugiesischen Kolonien gearbeitet haben, an ihrer und an benachbarten Universitäten die Agitation mit Flugblättern, Plakaten, Informationsveranstaltungen und Artikeln in ihren Zeitungen betreiben. (Für Basis- und Hochschulgruppen könnten Materialien über Firmen und Institutionen, die am portugiesischen Geschäft beteiligt sind, nutzbar gemacht werden).

Wir sind bereit Anfang Juni zu solchen Universitäten zu fahren, an denen keine Afrika-Gruppen arbeiten. Wir haben die Referate, die bei uns am 4. Febr. gehalten wurden, weiter ausgearbeitet, und wollen sie zu einer Broschüre zusammenstellen. Ausserdem steht uns, wenn auch nur für kurze Zeit, ein Film kubanischer Produktion zur Verfügung.

Auf der Frankfurter Konferenz Anfang April sollten die Afrikagruppen mit den interessierten Universitätsgruppen die genaue Strategie absprechen. Es ist notwendig, dass wir uns vorher in Verbindung setzen. Wir werden in den nächsten Tagen die Gruppen Anschreiben, die uns bekannt sind.

Post an:

Wolfgang Schwiedrzik
1-21
Stephanstr. 25

Projektgruppe Afrika
INFI

BERICHT DES VORSTANDES DER GRUPPE MARBURG

Ein Rechenschaftsbericht des Vorstands ist nicht möglich, weil eine Organisation, in deren Rahmen einem Vorstand bestimmte Funktionen zukämen, nicht mehr existiert. Der SDS als politische Organisation hat metaphysische Qualitäten angenommen, der übriggebliebene materielle Kern ist die Kartei, nach der sich die Mitgliedschaft bestimmt, und der Mythos des SDS, der den Reaktionären Furcht und Schrecken und denjenigen, die in den Laden eintreten, falsche Hoffnungen einflöst. Statt eines Rechenschaftsberichtes soll daher hier versucht werden, eine Analyse der Entwicklung des SDS und der antiautoritären Studentenbewegung zu geben. Eine Selbstkritik des Vorstands erscheint mir sinnlos, da sie keine Bedeutung für die weitere Gruppenpraxis haben dürfte.

DER VERLAUF DES LETZTEN SEMESTERS

Das Wintersemester brachte den Bruch mit einer langjährigen Gruppenpraxis. Mit einiger zeitlicher Verspätung gegenüber anderen Gruppen entwickelte sich in Marburg eine antiautoritäre Revolte innerhalb des SDS, die den SDS als Organisation auflöste. Ein Teil der Genossen hatte die Nase voll von unverbindlichen MV-Diskussionen, auf denen meist dieselben redeten, und rebellierte dagegen, daß ihre individuellen Bedürfnisse und Schwierigkeiten als unpolitisch tabuisiert wurden. Die anschließende Diskussion über eine Reorganisation des SDS in Basisgruppen zeigte das ganze politische Desaster des SDS auf. Die völlig richtige Konzeption der Basisgruppen war a.) die Organisierung am Arbeitsplatz, b.) die Einbringung der individuellen Probleme in die politische Arbeit, und c.) die Organisierung antiautoritärer Arbeitsgruppen. Die Kritik der Gegenseite, insbesondere des Vorstandes war, daß die Basisgruppen in dieser Form nur eine formale Spielerei an den politisch-organisatorischen Schwierigkeiten darstelle, daß die Basisgruppen mangels politisch-strategischer Konzeption in kürzester Frist scheitern müßten und daß dies den völligen Rückzug des SDS auf die Hochschule bedeute. Diese Kritik war zwar richtig, aber eine Strategie hatte der Vorstand auch nicht und der Rückzug auf die Uni fand auch ohne funktionierende Basisgruppen statt. Damit aber wurde die antiautoritäre Revolte auf die Uni übertragen. Bei den Politologen und Soziologen wurde von Beginn des Semesters an mit neuen Seminarformen experimentiert, die Lahnbergeaktion und der Streik erwiesen eine bis dahin noch nicht vorhandene Aktionsbereitschaft. Es gelang aber nicht, die inneruniversitären Aktionen mit außeruniversitärem Kampf praktisch zu vermitteln, durch unsere politische Konzeptionslosigkeit waren wir nicht in der Lage, die Aktionen einigermaßen aufeinander abzustimmen. Die organisatorische Vorbereitung aller Aktionen war miserabel, die Aktionen wurden weitgehend von heroischen Einzelkämpfern getragen.

Zusammenfassung: Der SDS liquidierte sich selbst als Organisation, um nun als antiautoritäre Bewegung in der Uni Unruhe zu stiften. Das ist dann ein Fortschritt, wenn es uns gelingt, die Unruhe und die Unruhestifter zu organisieren.

ZUR KRITIK DER BISHERIGEN MARBURGER SDS-PRAXIS

Die politische Praxis der Gruppe war bisher weitgehend eine theoretische gewesen, was sich auch in der Gruppenstruktur niederschlug: dominierend war ein relativ kleiner Kreis von Theoretikern und die von ihnen repräsentierte Theorie. Als politische Theorie galten in erster Linie die Schriften der marxistischen Klassiker, sowie die Kenntnis der Geschichte der Arbeiterbewegung bei weitgehender Vernachlässigung der für die antiautoritären Gruppen wichtigen Psychoanalytiker und Soziologen.

Die politische Position der Gruppe, von den Antiautoritären als traditionalistisch, vom KP-Flügel als zentristisch bezeichnet, läßt sich, wenn sie aus der Geschichte der Arbeiterbewegung abgeleitet werden soll, am ehesten als KPD-Position definieren. Praktisch erfuhr diese Politik ihre Umsetzung in dem, wenn auch mißglückten Versuch der ASO und des Sozialistischen Zentrums. Blieb die außeruniversitäre Arbeit weitgehend ASO und AgF überlassen, so war die inneruniversitäre Arbeit, die von der Gruppe ziemlich vernachlässigt wurde, Beschäftigung der AStA-Fraktion was auf MVs, soweit über Hochschulpolitik diskutiert wurde, zu wenig produktiven Querelen zwischen AStA-Fraktion und Sprengfraktion führte. Ansonsten beschränkte sich die SDS-Praxis auf MVs und selten funktionierende theoretische Arbeitskreise. Dominierend in der Gruppendiskussion war die abstrakt völlig richtige Kritik an den Ideologien der antiautoritären Gruppen, die aber für die Gruppe ohne praktische Konsequenzen blieb. Während man sich mit der Praxis der die Studentenbewegung vorantreibenden antiautoritären Gruppen weitgehend identifizierte und hauptsächlich deren oft idiotischen Ideologien kritisiert wurden, reflektierte man nicht die Bedeutung der antiautoritären Revolte für die Studentenbewegung, d.h. es wurde die Frage verdrängt, warum gerade die voluntaristische und allen Erfahrungen der Geschichte der Arbeiterbewegung Hohn sprechende Praxis der antiautoritären Gruppen in der Lage war, größere Massen der Schüler, Studenten und auch der jungen Arbeiter in Bewegung zu bringen. Da, wo die Kritik hätte praktisch werden müssen, herrschte völlige Hilflosigkeit.

Der Widerspruch zwischen dem Anspruch, sozialistische Politik zu betreiben, und der Tatsache, daß das einzig mögliche Subjekt einer derartigen Politik ein zumindest in Teilen sozialistisches Proletariat, nicht existierte, fand seinen Ausdruck in der völligen Abstraktheit der Diskussionen und einer autoritären Gruppenstruktur. Autoritär deshalb, weil die Diskussionen völlig von den konkreten Bedürfnissen und Erfahrungsmöglichkeiten der meisten Genossen abstrahierten und sich nur derjenige an der Diskussion beteiligen konnte, der über das, was als politische Theorie ausgegeben wurde und die Fähigkeit, sich zu artikulieren, verfügte. Die jüngeren Genossen mussten bei diesen Diskussionen meist die Rolle der frustierten Zuschauer spielen. Praxismöglichkeiten, in denen sie sich unabhängig von den Autoritäten hätten selbst bestätigen können, waren so gut wie nicht vorhanden.

Durch den Rückzug der alten Gruppenautoritäten und durch den Zustrom junger Genossen begünstigt, kam es zur Revolte innerhalb der Gruppe, als einige Genossen merkten, daß sie neben dem Studium des internationalen Klassenkampfes und der Geschichte der Arbeiterbewegung auch noch als unpolitisch tabuisierte individuelle Bedürfnisse hatten. Diese Revolte gab als erstes wenn auch unter antiautoritären Etiketten, eine Verschiebung der autoritären Fixierungen. War bis dahin die durch einige Genossen repräsentierte Theorie oberste Zensurinstanz, so wurde diese nun durch die Praxis der Berliner und Frankfurter Gruppe ersetzt. Die autoritäre Gruppenstruktur blieb, wenn auch mit neuen Etiketten versehen, weiterhin bestehen. Autoritäten formulierten die antiautoritären Emotionen, man rebellierte gegen die Diffamierung der individuellen Bedürfnisse als unpolitische, war aber nicht in der Lage, diese Bedürfnisse konkret aufzuzeigen. Den alten magischen Vokabeln wie Klassenkampf, Proletariat, theoretische Vermittlung, etc. wurden neue hinzugefügt: individuelle Bedürfnisse, neue Arbeits- und Lebensformen, etc. Das Absurde war, daß man von der als autoritär erkannten MV und den Autoritäten verlangte, daß sie die individuelle Emanzipation leisten sollten.

ZUR KRITIK DER ANTIAUTORITÄREN STUDENTENBEWEGUNG

Die treibende Kraft der antiautoritären Studentenbewegung ist das Bedürfnis nach totaler Emanzipation: Die Errichtung einer, alle menschlichen Bedürfnisse befriedigenden Gesellschaft oder, wie es Marcuse als konkrete Utopie formuliert, die Realisierung des Lustprinzips als menschliche Lebensweise in der höchsten Stufe des Kommunismus. Durch die Antizipation von Elementen der kommunistischen Gesellschaft sollte die in der Arbeiterbewegung zerbrochene Dialektik von Mittel und Zweck wieder hergestellt werden, in den Kommunen, antiautoritären Kindergärten, etc. sollten kommunistische Inseln im kapitalistischen Meer errichtet werden. Aber Repressionen und Leistungszwang sind nicht durch Antizipation des Lustprinzips abschaffbar, sondern nur durch Gegenrepression, durch revolutionären Leistungszwang, die Revolution und die Diktatur des Proletariats wird der Bourgeoisie höchst autoritär und repressiv aufs Haupt geschlagen. Das Maß an Repressivität, welches wir anwenden müssen, bestimmt sich aus dem Kräfteverhältnis der Klassen und den Formen des Klassenkampfes. Jedoch ist diese Repressivität durch ihren Zweck eingeschränkt, nämlich der Beseitigung von Repression. Wir können und müssen bestimmte Repressionen der bürgerlichen Gesellschaft in unserem Verhalten und in unseren Organisationen abschaffen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, autoritäre Untertanen zu erziehen, uns dauernd gegenseitig zu frustrieren und zu unterdrücken. Aber es gibt keine kommunistischen Inseln im Kapitalismus: die antiautoritär erzogenen Kinder leben in einer autoritären Gesellschaft, die Kommunen müssen unter kapitalistischen Bedingungen für ihre Subsistenz sorgen. Das Maß an Repressivität, daß wir jetzt abbauen müssen, ist dasjenige, das zur Aufrechterhaltung und Sicherung von Herrschaft benötigt wird, die ganze während des Sozialisationsprozesses verinnerlichte Autorität und Unterdrückung, autoritäre Verhaltensstrukturen, repressive Sexualität, bürgerliche Moral, etc., kurz, der ganze ideologische Scheibenkleister der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Notwendigkeit beweist sich durch das Unheil, was kleinbürgerliche Bürokraten in der Arbeiterbewegung schon angerichtet haben.

Obwohl heute immer mehr Studenten abhängig arbeitende werden, immer mehr akademische Berufe unmittelbar in den Produktionsprozeß intergriert werden, sich also die soziale Stellung der Intellektuellen derjenigen der Arbeiter angleicht, sind sie jedoch noch immer derart privilegiert, daß sie ein durchaus verständliches Interesse an der Beibehaltung des Kapitalismus haben, sie haben ein von materieller Not freies Leben, sie sind nicht nur Objekte der Herrschaft, sondern auch Agenten der Herrschaft. Nicht die sich aus der spzifischen sozialen Lage der Studenten ergebenden Interessen trieben die Studenten in unversöhnliche Gegnerschaft zum Kapitalismus, sondern das allgemeinste aller Bedürfnisse: das Bedürfnis nach Emanzipation. Hingegen sind die Studenten durch ihre Stellung dazu prädestiniert, dies als erste zu formulieren. Sie erleben die Unterdrückung dort, wo sie am irrationalsten organisiert ist, in der Universität. Sie sind durch ihre Ausbildung am ehesten in der Lage, die Techniken der Manipulation und Unterdrückung zu durchschauen. Die Studentenrevolte begann dort, wo diese Widersprüche am offensichtlichsten sind, in den philosophischen Fakultäten. Um den Studenten die sublimierten Formen der Unterdrückung einsichtig zu machen, reichte das analytische Instrumentarium des Marxismus-Leninismus nicht aus, dies konnte nur mit Hilfe der Erkenntnisse der Psychoanalyse konkretisiert werden.

Indem die antiautoritäre Studentenbewegung die emanzipatorischen Bedürfnisse der Studenten formulierte, setzte sie enorme revolutionäre Energien frei. Sie verbeleibt aber im Stadium der Rebellion und ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie statt Veränderung der Gesellschaft die Isolation von der Gesellschaft anzielt. So Notwendig die Antizipation bestimmter Elemente einer befreiten Gesellschaft ist, so ist es jedoch Nonsense, davon auszugehen, in Teilbereichen der Gesellschaft befreite Gebiete zu errichten. So nützlich die Kommunen sind, so führen sie jedoch, wenn sie die Verwirklichung des Kommunismus auf einer Etage anstreben, um dort dem Lustprinzip zu frönen, höchstens dazu, daß die beteiligten existentialistisch verkommen oder pschisch vor die Hunde gehen. Es ist absurd, zu glauben, wir könnten die Universitäten zum Yennan der deutschen Revolution machen, es sei denn, wir hielten es für möglich, uns in den Universitäten selbst zu versorgen und sie im Zweifelsfall mit Waffengewalt gegen den Staatsapparat zu verteidigen. Der antiautoritäre Anspruch produziert in dieser Form gegenteilige Konsequenzen: der Versuch, sich als Studenten in befreiten Universitäten zu emanzipieren, kann nur dazu führen, in bequemen Ghettos kritische Luxuswissenschaft zu betreiben. Während man behauptet, die Abschaffung aller Privilegien sei eine Voraussetzung individueller wie kollektiver Emanzipation, verschafft man sich neue Privilegien.

Die Funktion der Studentenbewegung im Klassenkampf muß die exemplarische revolutionäre Praxis in den Universitäten sein. Revolutionäre Agitation unter den Arbeitern ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn wir die Universitäten unangetastet lassen, wenn wir an unseren Arbeitsplätzen nicht nachweisen können, daß Rebellion Erfolg haben kann. Weiterhin muß eine sozialistische Politik in den Universitäten darauf ausgerichtet sein, daß wir der Universität die Realisierung der vom Kapitalismus geforderten Leistungsansprüche tendenziell verunmöglichen, nämlich die von angepaßten Fachidioten.

Eine wissenschaftlich geplante Produktion und eine rational organisierte Gesellschaft sind nicht mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen vereinbar. Wir müssen uns in den Universitäten das Wissen aneignen, das uns befähigt, den Kampf gegen den Kapitalismus effektiv zu führenund der uns andererseits in die Lage versetzt, unsere Arbeitskraft zu Markte zu tragen, das heißt, sie muß für den Kapitalismus verwertbar sein, demunsere materielle Reproduktion werden wir wohl noch auf absehbare Zeit unter kapitalistischen Bedingungen besorgen müssen. Das erfordert die Organisation der Studenten, die die Universität verlassen, damit sie nicht nach einigen Semestern Rebellion an den Universitäten zur Anpassung gezwungen sind.

Kurze Zusammenfassung: Die antiautoritäre Studentenbewegung muß sich jetzt zu einer sozialistischen weiterentwickeln, sonst versackt sie in absehbarere Zeit in den Gefängnissen.

Stefan Schardt

DIE SITUATION IM SDS MÜNCHEN

Nach der Mobilisation der radikaldemokratischen Bewegung in der Springer-Kampagne und im Kampf gegen die NS-Gesetze- Auseinandersetzungen, die bis auf die institutsbezogene Kampagne der Sinologen eine demonstrative Verweigerung, sich dem System anzupassen, darstellten, aber noch nicht den Widerstand am Arbeitsplatz Universität bedeuteten,-fand sich der SDS im SS 68 als chaotisierte Gruppe wieder, die nicht zuletzt unterm Trauma der Springer-Blockade seis ins linke Milieu abglitt, seis einerseits zu einer kurzfristigen Aktionspolitik in der Hochschule tendierte und andererseits Stadtagitation (über die mangels genauerer Kenntnis weniger gesagt werden kann) als direkte Fortsetzung der NS-Kampagne betrieb, seis in die Vereinzelung des bürgerlichen Studiums zurückfiel.

Die Wendung, an der Basis in der Universität die Bewegung zu stabilisieren, gelang nicht.
Das hat wesentlich dazu geführt, daß eine radikale Hochschulrevolte in München sich gar nicht erst entwickelte. Im Gegenteil:Während die Kultusverwaltung in aller Ruhe den in Westdeutschland rückständigsten Hochschulgesetzentwurf zusammenschrieb, gewährte das Soziologische Institut von selbst -ohne daß es die Studenten erkämpft oder inhaltlich konkretisiert hatten, eine paritätische Beteiligung der Studenten an der Verwaltung des Instituts.

Der Staatsapparat trat der Opposition weniger auf dem Gelände der Universität entgegen (da hatte er auch nur wenig zu bekämpfen), sondern versuchte, die Genossen einzeln mit Hilfe der Justiz auszuschalten. Die sich an diesen Versuchen die Opposition zu zerschlagen, entwickelnde Justizkampagne ist zwar momentan (z.B. beim Schmitz-Bender Prozess) auch in die Universität getragen worden, doch hat sie weder nennenswerte Unterstützung mobilisieren, noch die Revolte in der juristischen Fakultät auch nur ansatzweise entfalten können.

Im WS konnte der in Gruppen gespaltene, vom Milieu behinderte SDS eine in verbindlichen Diskussionen erarbeitete Strategie nicht entwickeln. Der Dekonsolidierung und Perspektivlosigkeit entsprach es, daß die Genossen bei der sich verschärfenden Auseinandersetzung an anderen Uni-

versitäten (in der Form des aktiven Streiks als Widerstand gegen Ordnungsrecht, Relegation und Hochschulgesetz) nur noch zu einer Praxis fähig waren, die die Aktionen anderer Gruppen unreflektiert reproduzierte, unabhängig von den örtlichen Verhältnissen, dem Stand der Hochschulrevolte, von einer Einschätzung des eigenen Potentials.
Zum anderen wandte sich ein Teil des SDS einer an der wissenschaftskritischen Auseinandersetzung orientierten Basisgruppenarbeit zu, die zwar von einem berechtigten Interesse, Theorie- und Wissenschaftsdefizite aufzuarbeiten, her motiviert war, aber die Revolte gegen Justiz- und Staatsapparat, gegen die Formierung der Universität ständig verdrängte, was zum Aktionismusvorwurf gegenüber den Genossen führte, die auf einer konsequenten direkten Aktionsstrategie beharrten; daß dieser Vorwurf apologetisch war, wurde in den Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen deutlich; er sollte die eigene (unpolitische) Studienreformpraxis in Schutz nehmen.

Die Institutspolitik war insofern unpolitisch, als sie zwar auf eine didaktische und wissenschaftstheoretische Seminarkritik hinauslief, die universitären Entscheidungsmechanismen, die Verwertungszusammenhänge von Wissenschaft und die Situation des gesamten Ausbildungs- und Forschungsprozesses aber nicht in Frage stellte.

Darüberhinaus: die Institutsprojektgruppen waren nicht im entferntesten darauf vorbereitet, den aktiven Streik, oder bei Besetzungen alternative Ausbildungs- und Forschungsprozesse zu organisieren. Weder im Zeitungswissenschaftlichen Institut noch in der Kunstakademie (ganz abgesehen von der Fixierung auf eine Simulierung des Machtkampfes mit der Polizei) war die inhaltliche Übernahme des Instituts vorbereitet gewesen.

Beide Besetzungen waren im Grunde orientiert am "revolutionären Über-Ich " der Aktionen der Frankfurter oder der Berliner Genossen; versäumt wurde die genauere Einschätzung der realpolitischen Lage am Ort selbst. Das Fehlen einer ausgewiesenen politischen Perspektive führte konsequenterweise dazu zu nicht unbeträchtlichen Legitimationsschwierigkeiten nach einzelnen Aktionen. Da die politischen Dimensionen der Aktionen oft nicht vermittelt werden konnten, degenerierten manche Aktionen zur Mutprobe, die den Genossen aus Solidarität mit den bereits Kriminalisierten abverlangt wurde, ohne daß auch nur eine Gruppe in der Lage gewesen war, eine längerfristige Perspektive aufzuzeigen.

Das bayerische Ordnungsrecht und die Fortsetzung der gerichtlichen Verfolgung vor allem auch der aktiven Genossen erfordert jedoch, wie in Diskussionen der Gruppe deutlich geworden ist, unverzüglich die Reorganisation des SDS. Die Einsicht setzt sich durch, daß der SDS nur als konsolidierter Kader in der Lage sein wird, den verschärften Repressionen, die im SS zu erwarten sind, zu begegnen.
Darum wurde versucht, die falschen Fronten zwischen den Gruppen der "Abwiegler" und der "Aufwiegler" aufzuheben und an ihre Stelle zu setzen die Zusammenfassung der aktiven Genossen in der Hochschulprojektgruppe als Kern der sozialistischen Opposition.
Diese Gruppe kann als strategische Perspektive nur haben die Einleitung einer Demokratisierungskampagne der Universität bei gleichzeitiger Konkretisierung der Justizkampagne (Forderungen nach öffentlichen paritätischen Grmmien, Fianznkontrolle, stud.Selbstorganisation der autonomen Lehr- und Forschungsbereiche, Vorbereitung einer sozialistischen Berufspraxis, Aktionen gegen die polizeistaatliche Befriedung der Universität, etc.). Die Voraussetzung dafür ist freilich die Politisierung der Basisgruppenarbeit , die Nutzung des Asta als Instrument sozialistischer Politik und nicht zuletzt die Herstellung einer verbindlichen Diskussionsebene für die zur Kooperation bereiten Genossen.

REINHART

B O C H U M : ROTE RUHRUNIVERSITÄT

Institutsprojektgruppe Sozialwissenschaften:
Wieder ein Schlag gegen das Geschwätz von der Ungleichzeitigkeit sog. großer und kleiner Gruppen!

Stellung des Teach-in im politischen Kampf

Die Notwendigkeit des Teach-in ergibt sich aus der schon dargestellten gescheiterten Politik der "Linken", sogar von den erhobenen Minimalforderungen noch abzugehen und statt dessen Kompromisse (Nickolmann-Papier, Biedenkopf-Vorschlag, Jaeggi-Papier im Bereich Sozialwissenschaftliche Abteilung; Gründung einer reaktionären "Strukturkommission", Parität 3-3-3 bei den Historikern mit den entsprechend "konkreten" Ergebnissen für die Fakultät; usw. usw. usw.!) anzustreben.

Der Versuch, die Liberalen in ein brauchbares Stimmpotential umzubilden und damit die Rechten zu isolieren, ist in sein Gegenteil umgeschlagen: da die Linke sich scheute, ihre radikalen Positionen offen darzulegen, zu begründen, und Aktionen notfalls ohne Vollversammlungsbeschlüsse durchzuführen, vielmehr zu legitimistischen Manövern bereit war, konnten fast überall die Rechten plausibel argumentieren, unsere Widersprüche aufdecken und damit die "Mausgrauen" für sich gewinnen.

Diese und andere Fehler zu offenbaren und daraus Konsequenzen und Aktionsmodelle für eine revolutionäre Strategie und Praxis an allen Instituten abzuleiten, ist die entscheidende Aufgabe des Teach-in, das seine Öffentlichkeit und "Legitimität" durch die Mitarbeit aller Anwesenden hat. Dabei sind wir sicher, daß eine Politik offensiver Aktionen an die Stelle defensiven Verhandelns zu treten hat, und daß erst eine Politik des offenen Konflikts den Studenten ihre Interessen sinnlich vermitteln kann. Erst wenn dies erreicht ist, kann möglicherweise auch punktuelles Verhandeln Bestandteil revolutionärer Strategie werden.

Für das Teach-in ergibt sich die Notwendigkeit, eine allgemeinverständliche Verinhaltlichung dessen zu geben, was unter "technokratisch-faschistischer Hochschulreform", Stellung der Universität zum nationalen und internationalen Kapital, Notwendigkeit gegenwärtiger Hochschulautonomie etc. zu verstehen ist, und mit welchen Mitteln man sich dagegen zu wehren hat. Dies schließt die Mittel des subversiven Kampfes im gesamten gesellschaftlichen Bereich notwendigerweise ein.

Wird dies geleistet, dann wird das Teach-in seine intendierte Funktion erfüllen: Wiederaufnahme des Kampfes an allen Abteilungen, Erarbeitung kurz- und langfristiger Perspektiven für den weitergehenden Kampf. Die "Rebellen" haben die Universität nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie revolutionär zu verändern!

Die RU - ein unvollkommenes Modell technokratischer Reform

Mit dem Ende der Rekonstruktionsperiode des Kapitals (Wirtsschaftswunder) um die Mitte der Sechzigerjahre mit ihren unwiederholbaren Voraussetzungen (zB Marshallplan, Wiederaufrüstung, Antikommunismus als handliche und im Klaten Krieg ungemein einsichtige Ideologie, Zustrom von qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR) musste das wirtschaftliche und gesellschaftliche System der BRD weitgehend umstrukturiert werden. Die Elemente dieser Umstrukturierung sind bekannt: sie reichen von Zechenstillegungen über die Bildung der Grossen Koalition bis zu den NS-Gesetzen. Zugleich wurde aber deutlich, dass der horrende technologische Rückstand der BRD gegenüber den USA nur durch verstärkte Bildungsinvestitionen und verstärkte staatliche und wirtschaftliche Kontrolle über die Bildungsinstitutionen. Ein Forschungsministerium wurde neu geschaffen, ein Wissenschaftsrat konstituiert, WRK und GKWW wurden aktiv. Neue Hochschulgesetze in verschiedenen Ländern spiegeln die Interessen der Wirtschaft anschnell und eindimensional ausgebildeten Fachkräften wieder, und es wurden Hochschulen zu Universitäten ausgebaut und neue Universitäten gegründet. Von diesen Universitätsgründungen ist Konstanz als landesherrliche Marotte ein Sonderfall, Bremen, Bielefeld und Frankfurt II sind noch in der Planung. So ist die RUB die erste Universität, die aufgrund der veränderten Verhältnisse geplant und gebaut wurde - aber es zeigt sich, dass sie nicht so funktioniert, wie sie sollte.

Vieles unterscheidet die RUB von herkömmlichen Universitäten, anderes ist gleichgeblieben. Zunächst die Unterschiede: Bochum ist keine Universitätsstadt wie Tübingen oder Marburg, selbst in Berlin und Frankfurt sind die Beziehungen zwischen Stadt und Universität enger. Querenburg ist ein Ghetto wie Nanterre. Die nur nach Masstäben rationeller Ökonomie geplante Fertifbauweise lässt erkennen: hier soll man sich nicht entfalten, hier ist man den Zwängen sachlicher Arbeit unterworfen. Der Computer, der Briefe mit 'freundlichen Grüssen' unterzeichnet, lässt an Brave New World denken. Diese Gegegebenheiten haben sozialpsychologische Folgen unter den Studenten: ein allgemeines Unbehagen, das angesichts der Anonymität seiner Ursachen nur schwer konkret fassbar wird. Leichter als anderswo fühlt man sich einsam, mehr als anderswo konsumiert man Alkohol und Ähnliches oder zieht sich in seine Privatsphäre zurück, wenn man nicht das Studium als Halbtagsjob betreibt und den Abend im Schoss der Familie in Dortmund oder Castrop-Rauxel verbringt. Eine weitere Besonderheit der RUB ist der hohe Anteil von Arbeiterkindern, der mit 12% etwa doppelt so hoch liegt wie im Bundesdurchschnitt. Aber 12% Arbeiterkinder bei 50% Arbeitern in der BRD zeigen, dass es noch lange nicht selbstverständlich ist, dass Arbeiterkinder studieren. Diese Kommilitonen haben auf ihrem Weg zur Universität ein ausgebautes System von Leistungs- und Anpassungsbarrieren zu überwinden, zudem sind sie meist völlig von Honnef abhängig, und so fällt es ihnen eher schwerer als anderen, aktiv an der Erkämpfung einer demokratischen Universität mitzuwirken.

Nun steht aber die für die Erfordernisse des 'technologischen Zeitalters' geplante RUB nicht für sich allein, sondern in engem Konnex mit den herkömmlichen Universitäten. Studenten wechseln den Studienort, Professoren muss man berufen. Und die anderen Universitäten, von denen auch die Bochumer Professoren ihr Selbstverständnis als Ordinarien beziehen, sind noch weitgehend feudale Ordinarienuniversitäten. Die RUB

ist offenbar ohne Rücksicht auf die Professoren gebaut worden, die zum Teil nicht wissen, was sie mehr fürchten sollen: die technokratische Reform von oben oder die Studentenrevolte. An der Abteilung VIII ist das deutlich geworden: Was dort als Sozialwissenschaft gelehrt wird, ist reine, unproduktive, völlig praxisferne Onanie. Rektor Biedenkopf als Typus des agilen, gewandten Technokraten, zudem mit den Bedürfnissen der Wirtschaft nicht nur aufgrund seines Nebenjobs im Auftrag des Bundeskanzlers engstens vertraut, konnte dem Protest der Studenten gegen die reaktionäre Fakultät durchaus zustimmen. Er konnte die Fakultät entmachten und so dem Interesse der Studenten nach besserer Berufsausbildung entgegenkommen. So wurde dem Protest die systemtranszendierende Spitze abgebrochen werden.. Insofern war es tatsächlich, wie Biedenkopf Lakai Hillermann sagte, ein Fehler, die Polizei zu holen, obwohl doch nur das Dekanat von Papalekas besetzt war, der ohnehin nicht in der Lage ist, die von der Wirtschaft gebrauchten Betriebssoziologen und Sozialpsychologen auszubilden, die human engineers der technokratischen Gesellschaft.

Es war lange Zeit der Fehler des AStA und zum Teil auch des SDS, nicht deutlich genug die Unterschiede zwischen reaktionären Ordinarien und fortschrittlichen Technokraten, andererseits aber auch die Unterschiede zwischen technokratischer Reform und demokratischer Reform der Universität gesehen oder aufgezeigt zu haben. Der AStA hat die Marburger Manifestanten bekämpft, diese irrelevante kleine radikale Minderheit, die zudem durch die Unterzeichnung solchen Blödsinns ihrer geistigen Potenz ein Armutszeugnis ausgestellt hat. Der AStA hat aber zugleich mit dem Rektor weiter über Drittelparität verhandelt, ohne zu erkennen, daß Drittelparität der Studenten dann erst geschenkt werden wird, wenn sie mit ihr nichts mehr anfangen können, wenn die letzten Reste der akademischen Autonomie an die Bürokratie und Technokratie abgegeben sind. Dann werden in demokratischen, drittelparitätischen und öffentlichen Gremien keine Entscheidungen gefällt werden, dann werden auf diesem Wege nicht einmal mehr kleine Reformen geschehen können, geschweige denn, daß solche Gremien als Tribüne des Klassenkampfs einen Stellenwert innerhalb eine revolutionären Strategie hätten. Selbstverständlich können wir nicht in das andere Extrem fallen und eine unheilige Allianz mit den Reaktionären eingehen zur Erhaltung der Reste von Autonomie und zur Sicherung wissenschaftlichen Freiraums. Wir müssen unsere systemtranszendenten, revolutionären Absichten ganz klar formulieren, schon deshalb, weil uns sonst immer die Reaktionäre mit den technokratischen Reformern verwechseln werden und umgekehrt. Die besondere Situation der RUB ist Chance und Gefahr zugleich für eine sozialistische Hochschulpolitik, deren Schwierigkeit ja darin besteht, daß sie den organisierten Kapitalismus dort bekämpft, wo er sich erst durchsetzen muß, wo er noch keine Organisationsformen geschaffen hat, die den Keim der sozialistischen Ordnung aus sich heraustreiben können. Dieser Mechanismus ist freilich im Spätkapitalismus vollkommen durchbrochen, besonders auch im Bereich der Universität, wo die Funktionalisierung der Wissenschaft deren kritisches, emanzipatorisches Element unterdrückt. Die RUB zeigt deutlicher als andere Universitäten ihren wahren Charakter, der freilich nur keimhaft angelegt ist: sie ist geplant als Instrument des organisierten Kapitalismus. Der andere Aspekt: das resignativ-entpolitisierte Unbehagen der Studentenmassen. Es muß versucht werden, zu zeigen, daß dieses Unbehagen zwar noch vorpolitisch ist, aber gesellschaftlich bedingte, durch die Universität nur

vermittelte Ursachen hat. Sucht man die Ursachen nur in der Universität, d.h. betreibt man abstrakte Hochschulpolitik nur als Hochschulpolitik und nichts sonst, dann verfällt man in den Fehler des AStA. Hochschulpolitik als solche fordert von den Studenten etwas Unmögliches: gegen ihre eigenen kurzfristigen individuellen Interessen zu kämpfen, gegen ihre Berufsaussichten, ihre Standesprivilegien. Die Studentenbewegung entstand nicht aus dem Kampf um die unmittelbaren Interessen der Studenten nach besseren Studienbedingungen, sondern aus allgemeinpolitischen Impulsen. Erst die Reaktion der Universität auf den zunächst bloß moralischen Protest zeigte breiteren Kreisen innerhalb der Studentenschaft die Verflechtung von Kapital und Universität und damit die Notwendigkeit einer sozialistischen Hochschulpolitik. Wir müssen den allgemeinpolitischen sozialistischen Anspruch wieder in die Universität hineinholen. Es muß zB gezeigt werden, daß Rektor Biedenkopf, der den Studenten in ihrem Protest gegen den reaktionären Ideologen Papalekas entgegenkommt und ihnen eine effektiver berufsbezogene Ausbildung zu verschaffen bemüht ist, identisch ist mit dem Biedenkopf, der im Auftrag Kiesingers versucht, im Interesse der Unternehmer den Gewerkschaften von ihren ohnehin minimalen Mitbestimmungsforderungen noch etwas abzuhandeln. Die Soziologen, die Biedenkopf ausbilden lassen möchte, sind genau die Leute, die das Kapital im organisierten Kapitalismus für die immer schwieriger werdende Organisation der Arbeit braucht, wenn es weiter expansiv sein soll.
Die klare Formulierung revolutionärer Ziele wird uns zwar zunächst das berauschende Gefühl nehmen, Avantgarde einer Massenbewegung zu sein. Aber nur so wird es uns gelingen, das sozialpsychologisch zu erklärende Verhaltens- und Bewußtseinssyndrom der Studenten zu politischem Bewußtsein und Handeln werden zu lassen.

STRATEGISCHES KONZEPT

In der Perspektivierung unserer Arbeit darf es uns jetzt nicht mehr darauf ankommen, eine alternative Strategie zum Vorgehen des AStA zu entwickeln. Sein Taktieren hat sich disqualifiziert. Wir können uns jetzt keine Sandkastenspiele mehr leisten, und zwar einfach deshalb, weil:

1. durch das Vorantreiben des gesamtgesellschaftlichen Faschisierungsprozesses (Vorbeugehaft, Honnefentzug, Relegation, etc.) dem politischen Teil der Studentenschaft noch nie eine solche massive Eliminierung drohte;

2. die Technokratie immer ungehaltener gegen die unrentable Ordinarienwirtschaft vorgeht und gerne bereit ist, mit den studentischen Rebellen gegen den professoralen Klüngel gemeinsame Sache zu machen.

Kommilitoninnen, Kommilitonen, Genossinnen und Genossen!

Die Zeit arbeitet jetzt gegen uns!
Es gibt für uns noch 2 Möglichkeiten: entweder wir tun gar nichts und lassen uns von Bürokratie und Technokratie auf das geforderte Maß an Rentabilität bringen oder wir verändern in konsequenter, radikaler Praxis die Organisation und Funktion der Produktionskraft Wissenschaft! Durch unsere bisherige Praxis haben wir nichts erreicht, laßt uns aus unseren Fehlern lernen!

Unsere Aktionen und unsere vorübergehenden Formen der Selbstorganisation müssen sich zwangsläufig orientieren an einem konkreten utopischen Modell, das den gesamtgesellschaftlichen Charakter unserer Arbeit deutlich macht. Das Selbstverständnis unserer Praxis erfordert die ständige theoretische Diskussion dieses Modells und die Entwicklung einer revolutionären Strategie, die erst die perspektivische Einordnung unseres taktischen Vorgehens ermöglichen und uns erst ständig den transistorischen Charakter unserer Organisationsformen bewußt machen, die die Kampfformen der studentischen Gegenmacht sein müssen.

Die Selbsparalysierung durch eine opportunistische Politik des AStA und eines Teiles des SDS in der Abteilung Sozialwissenschaft ohne eine langfristige strategische Konzeption von der Institutionalisierung der Möglichkeit zur Erweiterung der revolutionären Basis durch autonome Sektoren und Studentenkontrolle beruhte auf der Einstellung der Mehrheit der Akteure zu den studentischen Massen. Dem sozialdemokratischen Bewußtsein der Mehrheit der Studenten entsprechend glaubte man nur eine sozialdemokratische, reformistische Politik betreiben zu können: einen Syndikalismus, der eine Eskalation der Konflikte mit Ordinarien und Rektor einleiten sollte mit dem Ziel, in einer fortgeschrittenen Phase des Lernprozesses der Massen ihnen sozialistische Theorie und Praxis zumuten zu können. Einen Teil der Studenten schien dies Zynismus zu sein, da nur die Protagonisten dieses Lehrstückes die wirklich letzten Absichten der Bewegung zu wissen schienen. Da einem dadurch nach dem Mund geredet wurde, ergab sich daraus, daß die Aktionen soetwas wie eine sozialistische Gesellschaft wollten, zu der man nur den Weg des eigenen gewaltsamen Kampfes erahnte, so fühlte man sich hintergangen und verraten.

Liberalen und Reaktionären ermöglichte das, die Akteure als Marxisten zu entlarven, die sich so, aufbauend auf die Ideologie des Antikommunismus, sich eine rationale Argumentation weitgehend sparen konnten (z.B. Dr. Hereth). Eine solche Strategie schafft mit der Apathie der Massen erst ihre eigenen Bedingungen, auf die sie sich dann immer beruft: die Mehrheit der Studenten wird nicht verstehen, warum wir die Morgengabe des Rektors, uns generös Räume und Geld für kritische Wissenschaft zur Verfügung zu stellen nicht begreifen. Das war eine logische Konsequenz aus der vorhergehenden Strategie. Man wagte es nicht, unverbindliche Geschenke dieser Art, die sich durchaus innerhalb der Toleranzbreite des Universitätsbetriebs bewegen, mit der entsprechenden kritischen Begründung abzulehnen. Die Machtfrage wurde nie konsequent angegangen. Die Erkenntnis, daß Bewußtseinstransformationen nur durch den Kampf bewirkt werden, wurde mißachtet. Direkte Aktionen einer radikalen Minderheit wurden nicht durchgeführt. Erst diese hätten lehrhaft die verbal immer behauptete Ordinarienherrschaft und technokratischen Faschismus praktisch vermittelt. Die hier für jeden überprüfbare terroristisch aufrechterhaltene Fremdbestimmung hätte die Möglichkeit einer mehrheitlichen Solidariesierung geschaffen. So können kleine radikale Minderheiten zu großen radikalen Mehrheiten werden.

Deshalb fordern wir in konsequenter radikaler Aktion:

STUDENTENKONTROLLE

Radikale Aktionen der Studenten gefährden die Umstrukturierung der Universität, ihre bessere Einordnung in den kapitalistischen Produktionsapparat, sie verursachen im Sinne des Kapitals tote Kosten. Dieselben Aktionen ermöglichen es andererseits, daß die Gegensätze im Apparat zwischen reaktionären Fachidioten und pseudoprogressiven Technokraten und Bürokraten tendenziell und punktuell ausgeglichen werden. Es wird Biedenkopf und Papalekas nichts anderes übrig bleiben, als sich auf ein mittelfristiges Reformprogramm zu einigen, eine konzertierte Aktion zu starten. Wie die Konzession der Mitbestimmung an die Gewerkschaften der Preis war, den die Herrschenden für das Stillhalten der Gewerk-

schaften bei der Verabschiedung der NS-Gesetze zahlten und zugleich ein Mittel weiterer Integration der Arbeiter ist, genauso werden die Herrschenden an der Universität Mitbestimmung zugestehen müssen, und sei es auch die Drittelparität, die den meisten Professoren jedoch als Schreckgespenst erscheint. So wird berechtigter Protest kanalisiert, werden die Widersprüche vertuscht.

Außerdem wird versucht, erweiterte Mitbestimmung zuerst in den einzelnen Instituten und Abteilungen einzuführen. Drittelparität in einem einzelnen Institutsrat bedeutet Partikularismus, Verhinderung der Solidarität und Erschwerung der Einsicht in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge. Dem gleichen Ziel dient die von Biedenkopf angestrebte Aufhebung des Zwangskörperschaftsstatus der Studentenschaft und damit die Überführung des AStA von der Vertretung der Interessen der Gesamtstudentenschaft in eine gesamtuniversitäre irrelevante Parteibürokratie.

Demgegenüber muß unsere Forderung jetzt sein: Studentenkontrolle. D.h.: Kontrolle über die Prüfungsbedingungen und Prüfungen, über die Sachmittel, die Forschungsetats und die Forschungsprojekte. Nur dadurch kann der Widerspruch aufgehoben werden, in dem wir bewußt und unbewußt alle stehen:einerseits haben wir zwar Einsicht in unsere Studiensituation, in die Unsinnigkeit der betriebenen Wissenschaft bzw. in ihre schmutzige Verflochtenheit mit den Interessen des Kapitals. Andererseits besitzen wir Zynismus genug, uns in den Vorlesungen, Seminaren, Prüfungen und auch in den Kommissionen, in denen wir mitbestimmen dürfen, uns der Disziplinierung, Entfremdung, und Anpassung an die faschistoide Technokratie täglich zu unterwerfen. Studentenkontrolle hat das Ziel, die Institution Universität zu ihrem einzigen sinnvollen Ziel umzuformen, nämlich der Ausbildung für eine revolutionäre, subversive Tätigkeit im späteren Beruf in einer feindlichen Umwelt. In einer zu entwickelnden Dialektik von Reform und Revolution müss3n bereits auf der Universität die Methoden eingeübt werden, die es ermöglichen, daß die berufliche Existenz eine effektivere revolutionäre Existenz sein kann als die studentische.

Der augenblicklich wohl richtige Weg zur Erreichung der Studentenkontrolle ist die Etablierung der Halbparität. Dieses Wort ist schlecht (es gibt leider kein angemesseneres) denn es läßt vermuten, es handle sich um eine Modifizierung der auch in dieser Abteilung noch immer theorielos geforderten Drittelparität. Es geht aber um etwas anderes: um den Ausdruck und zugleich um die Institutionalisierung der durch die Einrichtung autonomer Arbeitsgruppen mit revolutionärer Zielsetzung faktisch bereits bestehenden Doppelherrschaft.

Es handelt sich also nicht um eine Ausweitung der Drittelparität auf Kosten der Assistenten, sondern um das Nebeneinander von alter und neuer, kritischer, praxisbezogener Abteilung 8. Eine solche Form der Studentenkontrolle hat transistorischen Charkter, sie ist nur Ausdruck der augenblicklich bestehenden Lage. Sie wird der Weg zu einer echten demokratischen Kontrolle der Gesamtheit der an der Abteilung Lehrenden und Lernenden über den Wissenschaftsprozess und seine Anwendung sein. Sie wird die reaktionären Professoren zur Bedeutungslosigkeit verdammen und die Technokraten zum Austragen des Konfliktes zwingen. Un dieser Konflikt endet entweder mit unserem Sieg oder mit einer völligen Selbstentlarvung unserer Gegner, die wiederum unsere Basis verbreitern würde.

Zunächst wird freilich eine vielleicht große Anzahl der Studenten noch die Frustration der gespaltenen Existenz zwischen kritischem Bewußtsein und den Zwängen der Anpassung dem Wagnis des befreienden, befreiten und selbstgestalteten Studium vorziehen. Auf die Dauer aber wird der hier vorgeschlagene Weg der überzeugenderere sein.

Also: nicht Mitbestimmung an der Fremdbestimmung, sondern Selbstbestimmung, und das heißt zunächst: Studentenkontrolle!

AUTONOME SEKTOREN

Um die allgemeine Mobilisation der Studenten nicht abstrakt und perspektivlos zu lassen, kommt es darauf an, die Studienpraxis zu revolutionieren. Die Umgestaltung des Studiums und die transistorische Einführung der Studentenkontrolle an der Ordinarienuniversität muß Hand in Hand gehen mit der Schaffung von Freiräumen, in denen wir uns selbst bestimmen. Dabei wird zwar der Anspruch, einen herrschaftsfreien Lern- und Lehrbetrieb zu institutionalisieren nicht haltbar sein, solange die repressiven Strukturen an der Universität des autoritären Staates und seiner Gesellschaft nicht aufgelöst sind, es wird allerdings möglich sein, den Kampf gegen die bürgerliche Klassenuniversität zusammen mit dem Kampf für die Schaffung von autonomen studentischen Sektoren stellt so den Versuch da, uns selbst und die Wissenschaft den Einflüssen des autoritär-faschistoiden Staates und seiner bürokratischen Agenturen an den Hochschulen zu entziehen und endlich tendenziell in einem Teilbereich der Gesellschaft das durchzusetzen, was immer schon Kampfziel der revolutionären Arbeiterklasse war: die Selbstbestimmung der Produzierenden über ihr Produkt und die Produktionsbedingungen. Dabei müssen wir uns jedoch davor hüten, uns in Schrebergärten zu wähnen, in denen wir uns als Privilegierte tummeln, denn dahinter steht der Irrtum, daß die unmittelbaren individuellen Bedürfnisse des einzelnen Studenten identisch seien mit den fundamental-revolutionären des Proletariats. Wenn wir das beachten, wird es nicht wieder vorkommen können,

wie es eine Zeitlang für uns charakteristisch war, daß wir den Kampf gegen die bürgerliche Klassenuniversität auf den Kampf um bloße formaldidaktische Studienreform, d.h. bessere Arbeitsbedingungen reduzieren.

Von dieser Warte aus gesehen, wäre es eine ideologische bürgerliche Fiktion, die auch revisionistische Strömungen in unserer Abteilung für wahr hielten, zu glauben, daß wir in unseren autonomen Sektoren "kritische Wissenschaft", d.h. "reine Wissenschaft" betreiben könnten. Wenn unsere autonomen studentischen Sektoren zu wirklichen Plattformen der Studentenopposition gegen die technokratisch-faschistoide Hochschulreform, die der Monopolkapitalismus anstrebt, werden sollen, dann muß der schmutzig mit den Interessen der Herrschenden verfilzten offiziellen Wissenschaft eine schmutzig mit den Interessen der Unterdrückten verfilzte Wissenschaft entgegengesetzt werden.

Da sich also der reaktionäre oder revolutionäre Charakter einer Wissenschaft durch ihre tatsächliche Funktion innerhalb des gesellschaftlichen Systems bestimmt, kann der Wissenschaftsbetrieb in unseren autonomen Sektoren nur erfolgreich sein, wenn er einerseits die Intentionen der offiziellen Wissenschaft permanent entlarvt, andererseits aber zur gesellschaftlichen Praxis schreitet.

Effektiv kann das aber nur geschehen, wenn gleichzeitig die traditionellen Entscheidungsstrukturen der Ordinarienuniversität durchbrochen werden, d.h. wenn eine institutionelle Sicherung der autonomen Sektoren durch die Einführung der Studentenkontrolle und die Bereitstellung von ausreichenden Mitteln (mindestens 30% der in der Fakultät verwandten Gelder) gewährleistet ist.

SDS - Mitgliederbrief Nr. 1 WS 1968/69 12.2.1969

Genossinnen, Genossen!

Es hat sich gezeigt, daß die MV offenbar als Kommunikationszentrum des SDS nicht ausreicht. Wir werden Euch daher in Zukunft bei gegebenem Anlaß durch Mitgliederbriefe über wichtige Ereignisse und Aktionen informieren. Glaubt bloß nicht, daß Ihr deswegen nicht mehr zu den MVs zu kommen braucht. Im Gegenteil; die Mitgliederbriefe sollen zugleich auch die Möglichkeit schaffen, daß die MVs wieder Diskussions- und Planungszentrum werden. Die etwas mißlungenen Aktionen der letzten Zeit führen wir auf die Parzellierung der Arbeit in den Projekt- und Basisgruppen zurück, die nichts als eine Reproduktion der bürgerlichen Arbeitsteilung ist. Gemeinsame Aktionen des gesamten SDS waren für die einzelnen, von ihrem speziellen Arbeitsgebiet in Anspruch genommenen Genossen nicht mehr unmittelbar einsichtig.

Selbstverständlich ist die Arbeit an bestimmten Projekten unheimlich wichtig, aber die MV sollte gerade die Aufgabe haben, auf dem Boden der in den einzelnen Arbeitsgruppen gewonnenen Ergebnisse eine gemeinsame sozialistische Strategie zu entwickeln und zu vermitteln. Das gelingt nur, wenn die Arbeit in den Projektgruppen als Teil eines Arbeitskomplexes verstanden wird, der die Produktion von Theorie und Strategie zum Ziel hat. Basisgruppen (an den Abteilungen, in den Betrieben) haben den Zweck, die Produzenten aufgrund dieser Theorie zu organisieren. Zur Zeit sind die Projektgruppen ohne jede gemeinsame Theorie.

Im SS wird unsere wichtigste Aufgabe die Organisation und Durchführung der Bundestagswahl-Boykottkampagne sein. Dazu werden wir ausführlich eine Parlamentarismus-Debatte führen müssen, und dabei zugleich eine neue Revisionismusdebatte, die durch den Ausschluß der beiden DKP-Genossen (Junge und Bogdal) noch lange nicht beendet ist. Wir hoffen, daß dabei auch die theoretische Diskussion im SDS auf eine höhere Ebene gebracht wird. Es gibt im Bochumer SDS eine Reihe von latenten Fraktionen: traditionalistische Züge, aber auch einige Gruppen, die man überspitzt als psychologistische Fraktionen bezeichnen kann. Dazu gehören sowohl die aktionistisch anarchistischen Genossen, als auch diejenigen, die in einer theorielosen Verabsolutierung ihrer psychischen Schwierigkeiten den Sinn ihrer Arbeit im SDS nur in ihrer eigenen Emanzipation sehen. Wir meinen, daß diese Impulse durchaus in eine solzialistische Strategie eingebracht werden können, aber das ist nur möglich, wenn die Theorie- und Strategiediskussion auf breiter Basis geführt wird.

MVs, die natürlich auch in den Ferien stattfinden (jeden Donnerstag, 19 Uhr Baracke 9), werden Seminare über wichtige strategische Fragen vorbereiten.

Nach unserem Überblick arbeiten im Augenblick folgende Gruppen:

Projektgruppe	Justizkampagne (Termine ?):	altersschwach
" "	Räte (mittwochs, 19 Uhr Baracke):	rekonvaleszierend
" "	Bundeswehr (Termine ?):	müde, pazifistisch
" "	Hochschule:	sollte sich aus den bestehenden Hochschul-Basisgruppen zusammensetzen
Basisgruppe	Betirebsanalyse (permanent IB 6/67):	funktionsfähig ergänzbar
" "	Polit. Ökonomie (IB 6 bei Krüsselberg):	keine Praxis, deshalb eingeschlafen
" "	Betriebsanalyse 2:	macht Ferienanalyse und Ferien
" "	Kritische Soziologie ander Hochschule:	Ferien

Basisgruppe Rote Blume: (Mensakontakte, Bock): funktioniert
" " Zerschlagt die Anglistik (Mensakontakte John): gerade erst entstanden
Frauen-Ruhr-Kreis: (jeden 2. Dienstag, 19 Uhr, Bergstr. 56 bei Bahr): arbeitet praktisch (theorielos)
Basisgruppe Emanzipation von Männern und Frauen: Termine über Genossinnen Sippel oder Dobertin: nur theoretische Versuche, eine Ich-Struktur zu konstruieren.
Kampfgruppe Rote Sozialwissenschaften (permanent) entschieden anti-revisionistisch
Basisgruppe der Juristen (Information bei K.K. Rohde, Baracke 9: Kümmert Euch endlich darum.
Versuchsgruppe Schüler (Weinfurth): psycho-anarchisch, auch Rote Garde
Kampfgruppe Blutrote Wirtschaftswissenschaften: Termine nach Zusammentreten der Mitglieder bei J. Reimann: besser noch als Kri-Wi-Wi

Der Aktionsrat des SDS Bochum

Nachdem am 24.2.1969 eine Aktion in einer Podiumsdiskussion mit dem Relegationsrechtler v. d. Heydte nicht gelungen war erschien ein programmatisches Flugblatt der SDS-Gruppe Würzburg für das Sommersemester.

Der Relegationsrechtler von der Heydte wurde total entlarvt, konnte aber dennoch seine Stellung halten. Neiss leistet ihm objektiv Schützenhilfe.

Der SDS forderte gestern abend auf der Podiumsdiskussion, den Hauptverantwortlichen für den Relegationsentwurf der CSU, von der Heydte, vom Podium abzusetzen.

Eine Diskussion mit demjenigen, der bereits die juristischen Hebel gegen die "aufsässigen" Studenten angesetzt hat, der also, ohne vorher mit uns zu diskutieren, gehandelt hat, ist sinnlos und kann nur in zynischer Weise die Ohnmacht der Studenten dokumentieren.

Diese Analyse wurde bestätigt durch den Verlauf der Diskussion selbst. Von der Heydtes Gesetzesentwurf wurde von fast allen Diskussionsrednern bis hin zu den Vertretern der SPD und F.D.P. als faschistoid gebrandmarkt und angeprangert. Es wurde sogar der extreme Beschluß gefaßt, wonach sich die Diskussionsbeiträge auf die Strategie des Widerstands gegen den Gesetzesentwurf beschränken sollten.

Diese Diskussion blieb folgenlos. Der radikale Aufbruch zum aktiven Widerstand mußte zur Phrase werden.

Diejenigen linken und liberalen Studenten, die die Absetzung von der Heydtes abgelehnt hatten, hatten die einzig mögliche Widerstandshandlung an diesem Abend verhindert. Sie mußten daher in der Konsequenz unfähig bleiben, eine Widerstandspraxis sinnvoll auch nur zu diskutieren. Schillerndes Beispiel für solch schizophrene Verhaltenweisen - ungeheurer Radikalität in Worten einerseits und "asketischer" Verweigerung auch nur der bescheidensten Aktion andererseits - war der kommende AStA-Vorsitzende Thomas Neiss. Die Forderung nach Absetzung von der Heydtes vom Podium überbot Thomas Neiss mit der "radikaleren" Forderung nach Auflösung des Podiums. Dadurch verwischte Neiss den politischen Sinn unserer Forderung, deren Realisierung der Beginn einer Widerstandspraxis bedeutet hätte. Die Studenten hätten demjenigen, der ihnen mit Relegationen begegnet, recht bescheiden mit der Relegation vom Podium geantwortet.

Neiss vernebelte nicht nur die Einsicht in die mögliche Aktion, er lenkte in der Folge die Aufmerksamkeit von der Universität überhaupt ab; also von dem Ort, wo die Studenten arbeiten, und wo allein sie zunächst in der Lage sind, Widerstand zu organisieren. Neiss forderte auf, Bündnispartner in der Bevölkerung zu suchen. Er mißbrauchte die langfristig richtige Strategie, die Arbeiterklasse zu gewinnen und zu organisieren, dazu, den ersten Schritt zu verhindern, der allein den Studenten ermöglichen wird, dieses Ziel mit Aussicht auf Erfolg in Angriff zu nehmen.

Der erste Schritt zur Entfaltung eines aktiven Widerstands ist die Organisierung der Studenten in Basisgruppen an den Instituten. In den Instituten werden die Studenten durch solidarische Aktionen Relegationsverfahren gegen Einzelne abwehren, sie werden durch Selbstbestimmung der Produktivkraft Wissenschaft die Struktur der Universi-

tät demokratisieren und damit Impulse zur Selbstbestimmung der Lohnabhängigen geben.

Das Verhalten des kommenden AStA-Vorsitzenden Neiss läßt bereits eine Prognose der AStA-Politik im SS zu. Der AStA wird ein schwankendes Element sein und den Aktionen der Linken möglicherweise in den Rücken fallen. Er wird immer wieder versuchen, auf der Grundlage unverbindlicher, verbalradikaler Resolutionen Mehrheiten zu gewinnen, die zu nichts anderem taugen, als ihn in seinem Amt zu bestätigen.

Diese AStA-Politik wird die Linke bekämpfen müssen.

Entschließt sich der Würburger ASta nicht das Niveau der Studentenbewegung in der BRD zu erreichen, so wird er auf dem Müllhaufen der Würzburger AStA-Geschichten landen.

K A M P A G N E : KAMPF DER BRAUNEN UNIVERSITÄT!

Die vielbeklagte, masochistisch hingenommene Rückständigkeit der Studentenbewegung und damit der Hochschulreform in Würzburg kann nur durch die praktische Politisierung der Studenten aufgehoben werden. Ein Ansatzpunkt für die Politisierung bietet das ungewöhnlich große Potential an braunen Vergangenheiten im Schoße der Alma Julia.

Es muß aber gerade gezeigt werden, daß die braune Vergangenheit von Professoren nicht zu trennen ist von ihrer gegenwärtigen Seminar- und Lehrpraxis und von ihrer konservativen ideologischen Position in der Hochschulreform.

Das zackige Ordnungsrecht eines von der Heydte scheint direkt der Fallschirmjägergesinnung zu entspringen.

Das SS wird zeigen, daß die hochschulpolitischen Reaktionäre ohne Fallschirm abgesprungen sind - der Aufprall wird hart sein.

Im Eigendruck und Selbstverlag: SDS Würzburg, 25. Februar 1969

Anti-Bundeswehr-Kampagne

Organisation im VK - Bericht Frankfurt

Die überregionale Organisation des antimilitaristischen Kampfes festigt sich Zug um Zug. Auf dem Weg zur politischen Neubestimmung des VK sind - nach dem Sturz der altpazifistischen Vorstände und Konstituierung von Räten oder kollektiven Vorständen in Frankfurt (vor einem Jahr), Mainz, Hamburg, Offenburg (Mittelbaden), Hannover und Köln - wieder zwei entscheidende Siege errungen und den Reaktionären Schlappen beigebracht. Ein Treffen des Bundesausschuses - "höchstes Gremium des Verbandes zwischen den (jährlichen) Bundeskongressen" - beschloß zwar, die gegen den Rat der Gruppe Frankfurt beschlossene "Suspendierung" (einschließlich Sperrung des Gruppenkontos) selbst gegen das Votum derjenigen Brüder vom VK-Bundesvorstand aufrechtzuerhalten, die die Suspendierung eingeleitet und in 3einer Nacht- und Nebel-Aktion (Diebstahl aller Arbeitsmaterialien) auch praktiziert hatten, die jetzt aber ihre Aktion rückgängig machen wollten. Die so bestätigte Suspendierung sollte gelten bis zur kommenden Jahreshauptversammlung am 11. März in Frankfurt.

Trotz dieses bürokratischen Beschlusses sind erste Schritte unternommen worden zur Zerschlagung des bürokratischen VK und zu seiner Neukonstituierung als dezentralisierte politische Kampforganisation. Dem bürokratischen Wasserkopf Bundesgeschäftsstelle hat der Bundesausschuß (mit einer Stimme Mehrheit) seine exekutiven und organisatorischen Befugnisse weggenommen, soweit sie sich auf die Arbeit in der Bundeswehr beziehen. Die exekutiven Befugnisse sind insoweit aufgelöst, die organisatorischen an die Gruppe Frankfurt delegiert, die für ihre koordinierende Arbeit jetzt auch durch Gelder des Gesamtverbandes unterstützt wird, statt den immer bloß als arbeitshindernden, bürokratisch fungierende Bundesgeschäftsstelle als disziplinierenden Dracula zu erleben.

Koordination für die Arbeit in der Bundeswehr:
Verband der Kriegsdienstverweigerer 6 Frankfurt 90, Adalbertstraße 2, Tel. 775094

Der zweite Streich gegen die Reaktionäre war die Frankfurter Jahreshauptversammlung. Die Rechten, geführt vom Altvorstand und Polit-Pazifist, Autor von "underground", Gewerkschaftsmensch Fritz Vilmar, hatten versucht, sich zu organisieren. Ihr Instrument zur Organisierung war der unten abgedruckte Brief an alle VK-Mitglieder. Allein, die Rechten haben keine Basis: ein kümmerlicher Haufen von Pappis stand uns gegenüber und traute sich kaum, sich zu artikulieren. Wenn er es durch de Mund Fritz Vilmars tat, dann kamen bloß Grundgesetz-Interpretationen heraus, die hinter denen des Bundesverwaltungsgerichts weit zurückbleiben, oder vage Bekenntnisse zur politischen Arbeit, für die ein organisatorischer Rahmen nicht angegeben wurde.

Das politische Ergebnis: Neuwahl eines Rates, der den politischen Kampf gegen die Bundeswehr verstärkt zu organisieren hat, und Wahl eines Blockes von 25 Delegierten für den am 19. und 20. April in Stuttgart einberufenen Bundeskongreß des VK, auf dem wir dessen bürokratischer Struktur den Todesstoß versetzen und die Arbeit dezentralisiert organisieren werden. Ohne organisatorischen Rahmen können wir die praktisch anfallende Arbeit im Kampf gegen die Bundeswehr nicht leisten. Ihn bietet uns der VK. Den organisatorischen Rahmen können wir nicht nutzen, wenn nicht mehr Genossen sich arbeitend an der Anti-Bundeswehr-Kampagne beteiligen.

FÜHREN WIR DIE MILITÄRBONZEN AN DER NASE HERUM: ORGANISIEREN WIR INTENSIV KADER FÜR DEN ANTIMILITARISTISCHEN KAMPF !

Brief Fritz Vilmars u.a. zur Frankfurter Jahreshauptversammlung an alle VK-Mitglieder:

Frankfurt/Main, den 1. März 69

Liebe Freunde,
es ist höchste Zeit, daß der VK und die VK-Mitglieder aufwachen. Schrille Protestrufe unserer Frankfurter und Hamburger Revoluzzer-Räte sollen euch täuschen. Der Verletzende spielt den Verletzten. Was sind die Hintergründe der Notwehraktion des Bundesvorstandes? Ganz einfach (wenn auch kompliziert im Detail):
DER VERSUCH DER MACHTERGREIFUNG DES SDS IM VK !
Nachdem die Anarchisten, die gegenwärtig die Mehrheit im SDS stellen, Organisation, Finanzen und Wirksamkeit des SDS in den letzten Monaten ganz schön auf den Hund gebracht haben, sollen - unter anderem - die finanziellen und organisatorischen Mittel dey VK als Aktionsbasis herhalten. Im internen Informationsdienst des SDS liest sich das so: "Als Ausgangspunkt einer auf die Ebene der Praxis transformierten Bundeswehrkampagne" dient "das im VK zentralisierte Potential." Und die Machtergreifung in Hamburg wird mit folgenden Worten gefeiert: "Die Vorstandswahl war ein permanenter Orgasmus... Das Trommelfeuer in die Fresse des Exekutive hat begonnen." (Die Sprache verrät es, daß dieser SDS nur noch ein neurotisches Zerrbild seiner selbst ist!)
Von eurem Engagement oder eurer Schlafmützigkeit wird es in den nächsten Wochen abhängen, ob es in der Tat Revoluzzern gelingt, den führenden, demokratisch gewählten Gremien auf Orts- und Bundesebene solange "in die Fresse zu hauen", bis sie den VK als Organisation des politischen Pazifismus endgültig kaputt gemacht beziehungsweise in eine Untergliederung des SDS verwandelt haben. In Hamburg wird sichs noch zeigen. In frankfurt kann mans schon mit Händen greifen. Hier haben vor einem Jahr SDS-Leute die Führung übernommen. Sie haben versprochen, die Gruppenarbeit demokratischer, aktiver, wirksamer im Sinne der Kriegsdienstverweigerung zu gestalten: kollegiale Leitung - Bildung selbständiger Aktionsgruppen u. ä. - wunderbar! Viele Mitglieder und auch der Bundesvorstand haben den Leuten, die diese neuen Methoden anpriesen, Vertrauen geschenkt.
DIESES VERTRAUEN IST IN ÜBELSTER WEISE MISSBRAUCHT WORDEN !
Kaum an der Macht, denken die "Räte" nicht mehr daran, Demokratie zu praktizieren:
Sie beschließen, Mitgliederversammlungen künftig abzuschaffen, da "Inaktive" ja nicht über die Politik der "Aktiven" befinden könnten. (Das ist faschistische Elite-Ideologie reinsten Wassers). Sie verkünden, den nächsten Bundeskongreß, verlaufe ernicht nach ihren Wünschen, sprengen zu wollen.

Sie etablieren nach innen, unter dem schönen Deckmantel des Rates, die autoritäre Herrschaft einer kleinen Clique (Ossenberg, Teuchert und Co.).

Ja, heißt es - aber sie sind wenigstens aktiv! - Welch ein Unsinn! Wir können den VK vor dem "Aktivitäts-Mythos" der Frankfurter Räte nur warnen. Ihre Aktivität besteht zu einem Drittel aus echter VK-Arbeit, wie sie übrigens vorher und anderswo ohne Revoluzzer-Gebaren auch geleistet wurde. Zu einem weiteren Drittel besteht die Aktivität aus unbewiesenen Behauptungen von Aktionen. Das letzte Drittel dieser Aktivität besteht aus großmäuligen "revolutionären" Rundschreiben in miserablem Deutsch (selbst im SDS wird sonst besser geschrieben). Diese Rundschreiben liefern wunderbare Beweise für die Behauptungen reaktionärer Politiker, den Kriegsdienstverweigerern gehe es gar nicht um eine echte Gewissensentscheidung. Damit aber, Freunde, sind wir bei dem für unsere VK zerstörerischen Kern der "Räte-Politik":
Sie hat die verfassungsmäßige Grundlage der Kriegsdienstverweigerung verlassen (statt sie zu untermauern). Sie treibt mit ihrer Revoluzzer-Ideologie die Kriegsdienstverweigerer in die Messer der Prüfungsausschüsse - und den VK in das politische Ghetto.
Denn ihre Devise ist nicht: Gewissensentscheidung gegen das Töten auf Befehl, sondern: "Zersetzung der Bundeswehr"; und wenns sein muß: Gewalt gegen Gewalt.
Mit dieser auf die Illegalität zusteuernden Haltung aber wird der verfassungsmäßige Auftrag, also die Wirkungsmöglichkeit des VK zerstört und ebenso die Glaubwürdigkeit unserer Kriegsdienstverweigerer.

WAS IST ZU TUN ?

1. Der VK und seine Mitglieder müssen sich wieder mit eiserner Konsequenz auf die geistig-politischen Grundlagen der Satzung besinnen. Gemäß unserer Satzung ist der "Krieg das größte aller möglichen Verbrechen". Wir verpflichten uns, "keine Art von Krieg, weder direkt noch indirekt, zu unterstützen".
Wer, wie viele SDS-ler, diese politischen Grundlagen des VK nicht anerkennt, sondern nur unter bestimmten Umständen gegen Krieg, Militär und Terror eintritt, sie gleichzeitig aber - etwa für die Revolution in Vietnam oder Südamerika - verherrlicht, kann nicht Mitglied des VK sein.

2. Auf den kommenden Jahreshauptversammlungen müssen ALLE, denen es um den Bestand eines eigenständigen VK geht, erscheinen und Leitungsgremien wählen, die sich ausdrücklich und vorbehaltlos zur Satzung des VK und zu einer demokratischen Verbandführung zu bekennen.
Hessische VK-Mitglieder: Erscheint vollzählig zur Jahreshauptversamlung am 11. März (20 Uhr Rathauskasino), die unter Leitung des Bundesvorstands stattfinden wird! Helft beim Wiederaufbau des VK Frankfurt! Ruft sofort an oder erklärt schriftlich eure Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit (an Bundesgeschäftsstelle, 7 Stuttgart Werderstr. 65, Tel. 0711/437955 oder Fritz Vilmar, c/o IG Metall, Frankfurt, Untermainkai 76, Tel. 0611/2647418).

gez.: Fritz Vilmar, VK Frankfurt; Heinz Miesbach, VK Frankfurt; Helmut Zimmermann, Einz.-Mitglied Hessen; Erich Grosse, VK Frankfurt; Helmut Kienast, Verteidiger v. KdV, VK Frankfurt; Karl Dann, VK Frankfurt; Heinz Anders, VK Frankfurt; Alfred Schmidt, VK FfM, Volker H. Legenbauer, VK FfM; Winfried Weigand, VK FfM; Helmut Kätzel, VK FfM; Christian Müller, VK FfM; Walter Schmidt, VK FfM; Willy Thomas, VK FfM; Günther Dörnbrack, VK FfM.

PUBLIKATIONSWESEN

Wie gründe ich einen Buchladen

(praktiziert seit einigen Monaten in Berlin)

Juristische Formalitäten:

a) Antrag auf Gewerbeschein (Beruf Buchhändler nicht erforderlich!) - Wartezeit ca. 3 Monate
Auflage: möglichst keine laut HGB begangenen kriminellen Delikte
Unkosten: ca. DM 30,--

b) Rechtsform: Einzelhandel (keine Kapitaleinlage erforderlich, einfache Buchführung)

Kontakte:

a) zu politischen und wissenschaftlichen etablierten Verlagen (Bestellungen mit Remissionsrecht (Rückgabe) oder längerer Zahlungsfrist)

b) zu allen produzierenden SDS-Gruppen, Asten, Untergrundpressen etc.

c) zu linken ausländischen Verlagen und sozialistischen Ländern (China, Kuba, Nordvietnam)

Lieferungen:

zu a) etablierte Verlage liefern direkt, über Auslieferungen Barsortiment usw.

zu b) hier wäre dem Laden der lokale SDS-Betrieb anzugliedern, so daß gewährleistet ist, sämtliche SDS-Produktionen selbst auf überregionaler Ebene zu vertreiben

zu c) Bestellungen und Lieferungen erfolgen direkt.

Sozialisierung:

a) Ladenpreisbindung (gesetzl. Buchhändlerverpflichtung!) aufheben, indem man Verbandsmitgliedern nach Absprache mit linken Verlagen für alle SDS-Produktionen, Nachdrucke - Organisationsausgaben - einen Preisnachlaß von ca. 20 % einräumt

(Stempel "Organisationsausgabe für die Mitglieder des SDS" zur Legalisierung anfertigen)

b) Fonds
Zur finanziellen Unterstützung des lokalen Verbandes, des BV, Schüler- oder Basisarbeit etc.
Büchersendungen an politische Gefangene
Finanzierung durch:
Sammelbüchsen, Vertrieb von infos, Pamphleten, Betriebs- und Unizeitungen oder Broschüren (Unkostenbeiträge), spätere Ladenprofite

Kollektivierung:

a) mehrere Genossen wechseln sich im Laden ab (in Berlin z. Zt. für drei Genossen finanzielle Reproduktion durch Ladenverkauf möglich)
b) Genossen Bücher zur Verfügung stellen für
Uni-Verkauf (mittags Mensa - in Berlin hat der AStA einen Kiosk eingerichtet)
politische Veranstaltungen
Wochenendseminaren
c) ein Genosse für den SDS-Vertrieb

BERICHT DES SDS HEIDELBERG UND DER FPDLP ÜBER DIE DEMOKRATISCHE VOLKSBEFREIUNGSFRONT FÜR PALÄSTINA

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !

Genosse Lenin schrieb:

" Kann nun von einer selbständigen, von den Arbeitermassen im Verlauf ihrer Bewegung selbst ausgearbeiteten Ideologie keine Rede sein, so kann die Frage so stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine "dritte" Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassengegensätzen zerfleischt wird, niemals eine ausßerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann). Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie."

Die Demokratische Volksbefreiungsfront für Palästina zieht aus ihrer praktischen und theoretischen Arbeit den Schluß: "Nicht die arabischen Arbeiter- und Bauernmassen wurden im Junikrieg 1967 besiegt, sondern die in den arabischen Ländern herrschende Ideologie. Um die Niederlage zu überwinden, müssen die Volksmassen organisiert werden. Unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei müssen sie dann den israelischen Herrschaftsapparat, die reaktionären arabischen Herrschaftssysteme zerschlagen, und die Macht übernehmen. Einen Mittelweg gibt es nicht und jedes Abschwenken stärkt die bürgerliche Ideologie. "

Den Verbrechen des deutschen Faschismus und der reaktionären Politik der arabischen Staaten verdanken es die Zionisten, daß der Staat Israel lange Zeit von jeglicher Kritik verschont blieb. Die Dezimierung und Vertreibung eines ganzen Volkes durch die Kolonialherrren der Jewish Agency wurden als Wiedergutmachung an das "Jüdische Volk" dargestellt, der Widerstand der antiimperialistischen arabischen progressiven Staaten gegen die israelische Expansionpolitik als Antisemitismus diffamiert. Noch während des Junikrieges 1967 verschleierte die philosemitische Ideologie selbst einigen Gruppen des SDS den Charakter der israelischen Aggression, während die Mehrheit des Verbandes (u.a. der antiimperialistische Reiche-Gäng-BV) wider besseres Wissen "neutrale" opportunistische Positionen bezog, aus Furcht sich gegen die faschistoide antiarabische Hetze in der BRD zu stellen.

Der Verlauf des Krieges und die israelische Okkupationspolitik nach dem Krieg haben wohl klar gemacht wie die Fronten im Nahen Osten verlaufen: auf der einen Seite der Staat Israel als Garant imperialistischer Präsenz im Nahen Osten und die reaktionären und feudalen arabischen Regimes, die ihr Überleben eben dieser Präsenz des Imperialismus verdanken, dazwischen die schwankenden Staaten, die wohl antiimperialistisch sind, jedoch die Volksmassen bei der Verwirklichung des Sozialismus behindern, auf der anderen Seite die Masse der arabischen Arbeiter und Bauern, die unter dem Eindruck der erneuten Niederlage der herrschenden Klassen ihrer Länder begonnen haben, sich gegen diese und den Zionismus zu organisieren. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Kampf in Palästina, wo sich eine Guerillabewegung in mehreren Organisationen gebildet hat. Neben der patriotisch-antiimperialistischen Al Fatah kommt vor allem der marxistisch-leninistischen Demokratischen Volksbefreiungsfront für Palästina (FPDLP) hervorragende Bedeutung zu. Die FPDLP vor allem führt nicht nur den Kampf gegen den zionistischen Imperialismus sondern zugleich auch gegen die volksfeindlichen Regimes der arabischen Staaten. Ihr erklärtes Ziel ist die Befreiung aller unterdrückten Klassen des Nahen Ostens einschließlich der jüdischen Arbeiter und Bauern in Israel. Diese konsequente revolutionäre Politik hat dazu geführt, daß die FPDLP, ebenso wie ihre "Bruderpartei", die Volksfront zur Befreiung der arabischen Scheichtümer am Persischen Golf, in allen arabischen Ländern unterdrückt wird.

Daß die FPDLP als einzige eine wirklich revolutionäre Politik zur Organisierung des Volkskrieges in Palästina betreibt, und deshalb unter besonders schwierigen Verhältnissen kämpfen muß, macht es notwendig, daß die sozialistischen Kräfte Europas gerade ihren Kampf unterstützen. In Heidelberg bereiten arabische und deutsche Genossen eine umfangreiche Broschüre über die FPDLP und den Befreiungskampf im Nahen Osten vor. Bitte teilt uns mit, wieviele Exemplare der Broschüre ihr verkaufen könnt. Der Verkauf dieser Broschüre sollte verbunden werden mit einer Sammlung für die FPDLP. Wir schlagen vor, daß ihr Flugblätter verteilt und Informationstische aufstellt, für die wir Euch weitere Material zur Verfügung stellen können. Außerdem können Euch Heidelberger Genossen bei Veranstaltungen über den Nahen Osten personell unterstützen.